Posener Tageblatt

Gegründet 1861



Bezug: in Posen monatlich durch Boten 5.50 zł, in den Ausgabestellen 5,25 zł, Postbezug (Polen u. Danzig) 5 40 ł, Ausland 3 Rm. einschl. Postgebühren. Einzelnummer 0,25 zł, mit illustr. Beilage 0,40 zł **Anzeigen:** im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr. Sonderplatz 50 % mehr. Ausland 100 % Aufschlag. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenbedingungen: Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt kann nicht Gewähr geleistet werden. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: Kosmos Sp. z o. o., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6. — Fernsprecher: 6823, 6275, 6105 — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblatts", Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, zu richten. Fernsprecher 6105, 6275. — Telegrammanschrift: Tageblatt Poznań. — Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 200 283, in Deutschland: Breslau Nr. 6184.

Illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild" — „Die Welt der Frau" — Tägliche Unterhaltungsbeilage „In freier Stunde"

69. Jahrgang — Mittwoch, den 12. Februar 1930 — Nr. 35

Um eine bessere Steuermoral.

Rede des Abg. Piesch vom Deutschen Parlamentarischen Klub zum Finanzministerium.

Hohes Haus! Beim Zusammentritt des derzeitigen Sejms hat der damalige Finanzminister Herr Czechowicz in der Finanzkommission seine Stellungnahme zu dem derzeitigen Steuersystem präzisiert, wobei er zu dem Ergebnis kam, daß es hoch an der Zeit sei, die bestehenden Härten und Ungerechtigkeiten der bestehenden Steuerpraxis zu beseitigen, was durch eine Reform des Steuerwesens des Staates möglich sei. Dabei wurde von ihm die Grundlage dieser anzustrebenden Reform gekennzeichnet. Sie sollte in einer kleinen und hierauf großen Steuerreform bestehen.

Zwei Jahre sind seither verstrichen. Die Regierung hat zwar Steuerprojekte, betreffend die Erhöhung der Grundsteuer, die Einrichtung einer ständigen Vermögenssteuer sowie ein Projekt zur Reform der Umsatzsteuer vorgelegt. Es hat sich aber gezeigt, daß die Entwürfe aus verschiedenen Gründen nicht die Zustimmung des Sejms gefunden haben. Es ist hier nicht der Platz, über die Mängel dieser Steuerentwürfe im besonderen zu sprechen. Zusammenfassend läßt sich aber wohl behaupten, daß diese Reformprojekte eine gründliche Durcharbeitung seitens der Regierung vermissen ließen, so daß ihrer Annahme durch das Parlament große Bedenken entgegenstanden. Sie wurden später zurückgezogen.

Seither ist von neuen Vorlagen der Regierung viel die Rede gewesen, gewisse Projekte wurden sogar der Begutachtung der Fachkreise unterbreitet, aber eine Vorlage wurde bisher nicht eingebracht. So wirken noch die veralteten Steuergesetze mit ihren unzähligen Abänderungen und Verordnungen, mit allen ihren Mängeln und Ungerechtigkeiten nach und erzeugen in dem Wirtschaftsleben eine der Ursachen einer sehr ernsten Krise.

Vor allem ist es die Art der in unserem Staate gesetzlich festgelegten Umsatzsteuer, die sich katastrophal auswirkt. Einerseits ist der Umstand, daß die Steuer den Charakter einer Kettensteuer hat, für die Preisbildung der Artikel des täglichen Gebrauchs maßgebend. Es ist wohl nicht zuviel gesagt, wenn angenommen wird, daß infolge der Umsatzsteuer eine Preiserhöhung von durchschnittlich 15—20 Prozent eintritt, gewiß eine Verteuerung, die nicht ohne Rückwirkung auf die Lebensart der arbeitenden Bevölkerung, aber auch auf die Preise der industriellen und gewerblichen Produktion bleiben kann.

Ist schon die gesetzliche Grundlage der Umsatzsteuer voller Härten für den Bürger Polens, so wird die praktische Durchführung der Umsatzsteuereinhebung zu einer Geißel, die imstande ist, Zweige der Volkswirtschaft lahmzulegen.

Die einzelnen Finanzämter wollen damit die Anerkennung der hohen Regierungskreise gewinnen, indem sie die gesetzlichen Bestimmungen durch eigene Interpretationen noch weiterhin verschärfen. Die Steuerämter hätten eigentlich die Aufgabe, auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen die Steuerzahler aufzuklären und deren Steuermoral zu heben. Unsere Steuerbeamten betrachten sich jedoch nicht als Diener des Volkes, sondern als dessen Vorgesetzte. Der Steuerzahler wird vorweg als ein Mensch angesehen, der nur eines im Auge hat: den Staat zu betrügen. Dadurch entwickelt sich ein im Interesse des Staates höchst bedauerlicher Gegensatz zwischen ihm and dem Finanzamt.

Man sollte nun meinen, daß

Gesetze und Verordnungen

dazu da sind, daß sie von den staatlichen Angestellten streng eingehalten werden. Bei uns scheint dies nicht der Fall zu sein. Schon in der Zeit der Vormairegierungen, mehr aber noch seit dem Maiumsturz, greift bei den Finanzämtern die Methode um sich, daß es dem Steuerpflichtigen die Steuer nicht auf Grundlage seines gewissenhaft abgefaßten Bekenntnisses oder nach den vorgelegten Büchern vorgeschrieben wird, sondern daß das Amt ohne Rücksicht auf diese im Gesetz vorgesehenen Voraussetzungen die Steuer ganz nach Belieben vorschreibt, so daß aus diesem Vorgang ungerechte Steuerbelastungen hervorgehen, die zum Ruin wirtschaftlicher Existenzen führen. Ganz besonders nehmen die Finanzämter die Angehörigen der deutschen Minderheit aufs Korn, die der Steuerwillkür oft infolge der Unkenntnis der polnischen Sprache wehrlos ausgeliefert sind.

Unser Umsatzsteuersystem bedarf einer umgehenden und grundsätzlichen Reform. Dazu ist vor allem die Beseitigung des Kettensystems erforderlich, das sich so nachteilig bei den Warenpreisen ausdrückt. Die Umsatzsteuer soll nach dem Muster anderer Staaten nur von dem Erzeuger eingehoben werden. Eine weitere unaufschiebbare Maßnahme muß die Herabsetzung der Höhe dieser Steuer sein. Besonders die Artikel des täglichen Bedarfs dürfen im Interesse der breiten Volksschichten nicht durch eine Abgabe belastet werden, die zur Folge hat, daß die Lebenshaltung sich wesentlich verteuert.

In engem Zusammenhange mit der

Umsatzsteuer

steht die Patentsteuer. Als seinerzeit die Umsatzsteuer beraten wurde, da erklärte der damalige Finanzminister Grabski, daß die Patentsteuer nur als eine Anzahlung auf die Jahresumsatzsteuer anzusehen sei, die bei Festlegung der Jahresumsatzsteuer in Abzug zu bringen sei. In diesem Sinne ist auch das Gesetz zu deuten. Freilich hat Herr Grabski bei seinem notorischen Geldmangel in den Staatskassen eine Verordnung, die befristet war, herausgegeben, derzufolge die Patentsteuer nicht in die Umsatzsteuer zu verrechnen sei. Diese Verordnung war ungesetzlich Trotzdem richtet sich die Steuerpraxis noch heute nach ihr und schafft für das Wirtschaftsleben eine gefährliche und ungerechtfertigte Belastung. Besonders die dem russischen Vorbild entnommenen Patentsteuerklassen sind ungerecht, ja für gewisse Zweige der Wirtschaft untragbar. Es fehlt hier an der nötigen Abstufung, so daß wirtschaftlich Schwache mit Starken in einen Topf geworfen werden. Daß soviele Gewerbetreibende und Kaufleute in den letzten Jahren ihr Gewerbe abgemeldet haben, ist vor allem auf die Härte unseres Umsatz- und Patentsteuersystems zurückzuführen.

In unmittelbarem Zusammenhang mit der Umsatzsteuer steht

die Einkommensteuer.

Es ist sehr zu bedauern, daß unsere Einkommensteuergesetzgebung in den Kinderschuhen stecken geblieben ist. Nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung wird durch sie zu den Lasten des Staates herangezogen. Ihre Belastung fällt auf die Schultern von wenigen Hunderttausenden, aus denen man durch eine unerhörte Steuerpraxis so viel als nur möglich herauszupressen sucht. Diesem Zwecke dient in erster Linie die beliebte Ueberschätzung des Umsatzes, um auf dieser Grundlage ein den Verhältnissen durchaus nicht entsprechendes Einkommen zu erhalten. Daß man bei Lebensmittelverkäufern den Reinertrag mit 25 Prozent des Umsatzwertes schätzte, ist eine Tatsache, die sich in meinem Wahlkreise zutrug und jedenfalls auch anderwärts festzustellen war. Damit verliert die Steuer ihre reelle Grundlage und wird zu einer der Willkür des Finanzamtes überlassenen Geldeinhebung für den Staat. Auf diesem Wege kann die Steuermoral nicht gestützt werden. Im Gegenteil. Diejenigen Steuerzahler, die nach den Traditionen der Vergangenheit ehrlich ihren Umsatz und ihr Einkommen bekennen, stehen als die Dummen da gegenüber jenen, die aus alter Praxis gewöhnt sind, die Steuergesetze zu umgehen.

Bei der Einkommensteuerbemessung möchte ich dem Herrn Minister einzelne Vorkommnisse mitteilen, die gewiß nicht mit den Absichten der Regierung übereinstimmen, leider aber bisher ungeklärt sind und daher Verwirrung anrichten. Dazu gehört, daß die Spenden wirtschaftlicher Unternehmungen für humanitäre und patriotische Zwecke nicht als Abzugspost bei den Einnahmen gelten gelassen werden, sondern für die Einkommensteuer einbezogen werden. Die Beiträge der Industrien für die Erhaltung der Feuerwehr werden gleichfalls als Abzugsposten nicht anerkannt. Durch ein derartiges Vorgehen wird die Opferwilligkeit der Bevölkerung nicht gefördert.

Es gibt keine bestimmten Vorschriften, in welcher Höhe Rimessen, dubiose Forderungen und dubiose Rimessen in die Bilanz eingestellt werden sollen. Die Finanzbehörde verlangt die volle Einsetzung in die Bilanz. Ebenso ist es durch eine einheitliche Bestimmung nicht geregelt, in welcher Höhe dubiose Forderungen, bei denen noch keine Ausgleichsquote anläßlich einer Zahlungsfähigkeit festgesetzt wurde, in die Bilanz eingesetzt werden sollen. Die Einsetzung in voller Höhe bringt den Steuerträger mit dem Strafgesetz in Kollision. In beiden Fällen möchte ich den Herrn Finanzminister ersuchen, die notwendige Klärung herbeizuführen.

Hier möchte ich die Tatsache registrieren, daß

Landwirte mit sehr kleinem Grundbesitz,

die nach den Bestimmungen des Gesetzes von der Einkommensteuer frei sein sollen, von den Finanzämtern zur Zahlung von Einkommensteuer gezwungen werden. Diese Tatsache ist um so auffallender, weil diese ungerechte Belastung leider in erster Linie den deutschen Bauern aufgelegt wird. Es ist dringend nötig, daß das Finanzministerium durch klare Weisungen die Steuerbehörden zur strengen Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zwingt.

Daß der Staat leben muß, ist klar. Wir Bürger Polens deutscher Volkszugehörigkeit wären die letzten, die dem Staate die Lebensnotwendigkeiten verweigern würden. Es ist aber unbedingt zu fordern, daß die Lasten der Steuern gerecht auf die Schultern der Bürger verteilt werden, daß dem einzelnen nur soviel aufgebürdet wird, als er zu tragen vermag. Eine Reform unseres veralteten und ungerechten Steuersystems ist eine nicht zu umgehende Notwendigkeit. Bei dieser Reform wird nebst den notwendigen Aenderungen der Umsatzsteuer, der Grund- und Vermögenssteuer eine Ausdehnung der Einkommensteuer auf einen möglichst großen Kreis der Bevölkerung eine wichtige Rolle spielen. Eine weitere Aufschiebung der Reformmaßnahmen bedroht die Volkswirtschaft, die sich ohnedies in einer schweren Krise befindet, mit einer Katastrophe. Je früher diese Reform erfolgt, desto besser für Volk und Staat.

Ein besonderes Kapitel der

Klagen der Bevölkerung

sind die unverhältnismäßig hohen Steuerstrafen. Während für den gewöhnlichen Geldverkehr eine Grenze der Verzinsung mit 12 Prozent jährlich festgesetzt ist, nimmt der Staat

Ab 25. Februar verbilligter Paß.

Die neue Paßverordnung erlassen.

Warschau, 11. Februar. Heute erscheint die Nummer des „Dziennik Ustaw", die die Verordnung über die Gebühren für Auslandspässe enthält. Die Verordnung sieht vor, daß die Gebühren für Auslandspässe mit Gültigkeit bis zu einem Jahre betragen:

einmaliger Paß 100 Złoty, mehrmalig 250 Złoty, ermäßigter Paß zu Handelszwecken 150 Złoty, ermäßigter Paß zu einmaliger Reise ins Ausland zu Lehr- und Kurzwecken 20 Złoty, mit Berechtigung zu mehrmaliger Ausreise 100 Złoty, für einen Paß zu Schiffahrtszwecken 3 Złoty. Emigrantenpässe sind im Einklang mit den Vorschriften des Dekrets über die Emigration kostenfrei. Diese Verordnung tritt nach Ablauf von 14 Tagen, vom Tage der Veröffentlichung an gerechnet, in Kraft, also bereits am 25. Februar.

Den Wortlaut der Verfügung veröffentlichen wir morgen, da er zur Stunde noch nicht vorliegt.

Abrüstung oder Schlachtschiffneubau?

London, 11. Februar. (R.) Der inoffiziell bekannt gewordene amerikanische Vorschlag, wonach die Vereinigten Staaten nicht drei, sondern vier Schlachtschiffe abwracken und dafür ein dem neuen englischen Schlachtschiff „Rodnay" gleichwertiges Fahrzeug bauen wollen, steht neben der U-Boot-Frage im Vordergrunde des Interesses. „Times" weisen darauf hin, daß der amerikanische Vorschlag in der am Donnerstag gegebenen Fassung den amerikanischen Schulschiffen bereits eine erhebliche Ueberlegenheit an schwerer Artillerie gegenüber den britischen Schlachtschiffen geben würde, und sagt: Wenn aber Amerika außerdem noch ein neues Schlachtschiff bauen wollte, dann würde es allein an 16zölligen Geschützen 33 gegenüber 18 britischen haben. **In diesem Falle könne kaum ernstlich von Parität die Rede sein.** Auch der „Daily Herald" äußert große Besorgnis. **Werde der amerikanische Vorschlag angenommen, dann werde die Konferenz schließlich nur der Beginn neuer Schlachtschiffbauten sein. Daß der amerikanische Vorschlag nur als Versuchsballon zu werten ist, scheint aus einer Washingtoner Meldung der „Times" hervorzugehen,** wonach die Beamten des Staatsdepartements erklären, daß ihnen nichts von einem Vorschlag der amerikanischen Delegation in London betreffend den Bau eines neuen amerikanischen Schlachtschiffes vom „Rodney"-Typ bekannt sei. Ein solcher Vorschlag scheine auch nicht mit der Begrenzungs- und Verminderungspolitik der Vereinigten Staaten im Einklang zu stehen.

Der Kampf um die U-Boote.

London, 11. Februar. (R.) In der U-Boot-Frage, die in der heutigen Vollsitzung behandelt werden soll, macht sich in der englischen Presse eine resignierte Auffassung geltend. „Times" erklären, auf eine Abschaffung der U-Boote könne nicht gehofft werden, wohl aber auf eine Verminderung der Tonnage der einzelnen U-Boote und auf eine Begrenzung ihrer Gesamttonnage. Abgesehen von den hieraus sich ergebenden Vorteilen würden dann wieder Einschränkungen auf dem Gebiet der Zerstörer möglich werden. Das Blatt erwartet, daß die Franzosen außer den im Dezember 1924 vom französischen Marineministerium vorgesehenen U-Booten von insgesamt 96 000 Tonnen noch 30 000 Tonnen kleiner Küsten-Unterseeboote fordern werden.

„Daily News" schreiben, von der heutigen U-Boot-Erörterung werde nur erwartet, daß sie die Oberfläche des Problems berühre. Wenn die Franzosen ihren jetzigen Anspruch auf 96 000 Tonnen an U-Booten auch nur annähernd aufrechterhalten, so würden die Zerstörer- und Kreuzerprogramme anderer Länder davon sofort und direkt berührt werden. Der Marinekorrespondent des „Daily Telegraph" äußert u. a.: Einer der britischen Einwände gegen die Beibehaltung der U-Boote ist begründet auf der Erwägung, daß der Versailler Vertrag vielleicht eines Tages abgeändert werden wird. Früher oder später würde Deutschland dann wohl den Anspruch erheben, U-Boote zu bauen. Eine solche Forderung, die England mit Besorgnis aufnehmen würde, kann nur verhindert werden, wenn durch eine internationale Aktion die Waffe abgeschafft wird, die während des Krieges in einen so schlechten Ruf gekommen ist.

Tardieus Verspätung.

Die rettende Verspätung.

Paris, 11. Februar. (R.) **Die Nachricht, daß das fahrplanmäßige Flugzeug Paris—London bei einer Notlandung auf englischem Boden durch Brand vernichtet worden ist, hat hier besonders tiefen Eindruck aus dem Grunde gemacht, weil Ministerpräsident Tardieu ursprünglich die Absicht hatte, dieses Flugzeug zur Rückkehr nach London zu benutzen. Nur der Umstand, daß der gestrige Ministerrat sich länger hinzog als ursprünglich angenommen war, hat, dem „Echo de Paris" zufolge, diese Absicht vereitelt. Ministerpräsident Tardieu hat dann den fahrplanmäßigen Zug benutzt.**

von seinen Steuerschuldnern bis 48 Prozent pro Jahr. Das ist ein unerhörter Wucher. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Steuerrückstände gerade aus den Kreisen der wirtschaftlich Schwachen stammen. Diesen in ihrer Notlage noch die Last einer derart hohen Verzinsung der Steuerrückstände aufzubürden, ist völlig unverständlich. Die hohe Zinsfestsetzung des Staates für seine Forderungen muß ein Anreiz für die Geldwucherer sein, auch ihrerseits die Zinsen bei Darlehen entsprechend hoch zu schrauben. Mit dieser Art von Strafsystem bei Steuerrückständen muß endgültig gebrochen werden.

Während der Staat für Steuerrückstände sofort große Zinsvergütungen festsetzt, zeigt er anderseits bei Rückzahlung ungerechtfertigt eingehobener Steuern der Bevölkerung gegenüber kein Entgegenkommen. Da Steuerrekurse bisher Jahre brauchten, bis sie erledigt wurden, die vorgeschriebenen Steuern aber ohne Rücksicht auf einen Rekurs bezahlt werden müssen, so verliert der Bürger, dessen Rekurs anerkannt wurde, von den zuviel gezahlten Summen bedeutende Zinsenerträge. Bei den heutigen Kreditverhältnissen und dem üblichen Zinssatz können ihm in der Rekurszeit bis 50 Prozent des überzahlten Steuerbetrages durch Zinsenverpflichtungen verloren gehen. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Er bedeutet eine schwere Schädigung der Bürger durch den Staat. Hier kann nur eine rasche Erledigung der eingebrachten Rekurse und eine Zinsvergütung nach dem Zinssatz der Bank Polski Abhilfe schaffen. Solange der heutige Zustand währt, ist es in dem Belieben der Finanzämter gelegen, durch Vorschreibung von unberechtigt hohen Steuern ihnen nicht zu Gesicht stehende Steuerträger, insbesondere wenn sie der deutschen Minderheit angehören, wirtschaftlich zu ruinieren.

Der Bürokratismus

feiert auf dem Gebiet des Steuerwesens wahre Orgien. Durch die Art der Buchungen, die überaus schwerfällig und allen modernen Grundsätzen widersprechend ist, kann es vorkommen, daß ein Steuerzahler bei einer Steuerkategorie eine Ueberzahlung geleistet hat, während er bei einer anderen einen Rückstand zu verzeichnen hat. Da aber die einzelnen Steuern getrennt gebucht werden, kein Hauptbuch, das die einzelnen Zahler mit Rücksicht auf ihre Gesamtsteuern erfaßt, geführt wird, so liegt der Steuerüberschuß unverwertet, während der Steuerrückstand mit der Buße durch Verzugszinsen belegt wird. Ja, selbst wenn es der Steuerträger wünscht, daß sein Ueberschuß in der einen Steuerkategorie zur Deckung seiner Verpflichtung in der anderen verwendet wird, wird seinem Wunsche nur dann entsprochen, wenn er darum auf dem Wege eines mit 3.30 Zloty gestempelten Gesuches bittet.

Auch über den

Umgangston der Steuerbeamten

mit der Bevölkerung möchte ich an dieser Stelle ein Wort sagen, da ich der Ueberzeugung bin, daß der Herr Finanzminister die ehrliche Absicht hat, den berechtigten Wünschen der Bevölkerung zu entsprechen. Es ist verständlich, wenn die mit Parteienverkehr belasteten Steuerbeamten nicht immer die Herrschaft über ihre Nerven behalten. Unverständlich aber ist es, wenn ein der deutschen Sprache mächtiger Beamter sich weigert, mit Personen, die der polnischen Sprache nicht mächtig sind, in deutscher Sprache zu verkehren. Schließlich ist doch das Steueramt eine Geschäftsstelle des Staates, in deren Interesse es gelegen ist, die Geschäfte mit den Bürgern klar abzuwickeln. Diesen der polnischen Sprache nicht mächtigen Bürgern in barscher Weise entgegenzutreten oder ihnen gar die Tür zu weisen, gehört nicht zu den Eigenschaften eines Kulturmenschen. Es wäre dringend notwendig, daß der Herr Minister an die unterstehenden Finanzämter eine Belehrung über den Verkehr mit den Parteien herausgibt und dafür sorgt, daß in Gegenden, in denen die deutsche Minderheit sehr stark vertreten ist, Beamte diesen Verkehr besorgen, die der Sprache der Minderheit mächtig sind.

Der Bürokratismus in der Steuerbehörde feiert wahre Orgien. Ich erlaube mir noch folgendes Beispiel anzuführen: Dem Bürstenmacher Josef Niedballa in Tarnowskie Góry sind am 9. Januar d. Js. durch das Finanzamt für Rückstände an Umsatz- und Einkommensteuer aus den Jahren 1925—29 seine Bürstenwaren samt Marktstand nach vorheriger Pfändung verkauft worden. Durch diese Maßnahme ist die Existenz des Steuerpflichtigen mit seiner zahlreichen Familie stark gefährdet, wenn nicht ganz untergraben worden. Dieses Vorgehen steht in krassem Widerspruch mit der Bestimmung der Verordnung, nach welcher bei solchen Sensiten, wo die Gefahr besteht, daß durch solche Zwangsmaßnahmen die Existenz bedroht wird, diese Maßnahmen zu unterbleiben haben.

Auch ein anderer Fall möge die Rücksichtslosigkeit der Steuerbehörden gegenüber den Steuerzahlern beleuchten. In Bielitz hat ein Viehhändler B. einem Steuerbeamten, der die Patentsteuer einhob, das Geld dafür übergeben und ihn ersucht, die Zahlung zu leisten. Infolge der unzulänglichen Raumverhältnisse des dortigen Steueramtes war der Andrang der Parteien so groß, daß viele Steuerzahler mehrere Tage nacheinander kommen mußten, um ihre Patentsteuer loszuwerden. Derselbe Beamte übernahm auch die Verpflichtung, dem Genannten den Ausweis der Umsatzsteuer nach gegebenen Unterlagen anzufertigen und dem Amte zu überreichen. Nach einiger Zeit bekam B. vom Steueramt einen Zahlungsauftrag für nicht entrichtete Patentsteuer und willkürlich ermittelte Umsatzsteuer in der Höhe von ca. 6000 Zloty. Der Beamte hatte das Geld unterschlagen und auch das Steuerbekenntnis nicht gemacht. Er wurde später wegen Unterschlagung vom Strafgericht verurteilt und entlassen. Die Bemühungen von B., eine Richtigstellung seiner übermäßig hoch vorgeschriebenen Umsatzsteuer zu erlangen, wurden sowohl von dem Finanzamt der Wojewodschaft wie auch vom Ministerium abgewiesen, obwohl es klar war, daß ihn ein unmittelbares Verschulden nicht traf. Es wäre wohl angezeigt, daß in derartigen Fällen die näheren Umstände eine Berücksichtigung finden.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich wieder auf

die leidige Paßfrage

zu sprechen kommen. Als im Vorjahre der Paßantrag zur Besprechung kam und der Sejm nahezu einmütig die Resolution annahm, derzufolge die Regierung aufgefordert wird, einen Abbau der Paßgebühren in die Wege zu leiten, da gab der damalige Leiter des Finanzministeriums die Erklärung ab, daß eine stufenweise Ermäßigung eintreten werde. Ein Jahr ist seither verflossen und die Zusage wurde nicht eingelöst. Im Gegenteil bemühte sich das Unterrichtsministerium durch verschiedene Schikanen, die Erlangung von ermäßigten Pässen zu verhindern. Wir haben die Erklärung des Herrn Finanzministers, ab 1. April eine Ermäßigung der Paßgebühren eintreten zu lassen, mit einem gewissen Mißtrauen entgegengenommen. Aber selbst wenn die angekündigte Ermäßigung auf 100 Zloty eintritt, so ist das immer noch eine Gebühr, die nur für sehr gut situierte Bürger erschwinglich ist. Wir erwarten mit Zuversicht, daß der Herr Finanzminister bei seiner Einstellung es nicht weiter zulassen wird, daß Polen durch eine Paßmauer von der Kultur Westeuropas getrennt, und dem kulturarmen Osten zugezählt wird. Der Herr Minister kann versichert sein, daß ihm die Bevölkerung dafür herzlich dankbar sein wird.

Ein großer Mangel in unserem

Zollwesen

ist das Fehlen eines bestimmten Zollgesetzes mit genauen Durchführungsvorschriften für die Zollmanipulationen. Dadurch wird der Anlaß zu großen Klagen über das taktlose Vorgehen der Zollorgane gegenüber den Reisenden gegeben. Unser Zollsystem gründet sich auf das Prinzip der Schutzzölle, was ja mit Rücksicht auf die Handelsbilanz verständlich ist. Unverständlich ist es aber, daß diese Wirtschaftszweige den Zollschutz dahin deuten, daß der polnische Bürger gezwungen sein soll, ihre minderwertigen Erzeugnisse höher zu bezahlen als die besseren Waren des Auslandes. Der Zoll soll ein Schutz für die Produktion und ein Ansporn zu ihrer qualitativen Entwicklung, aber nicht ein Monopol für mindere Qualitäten sein. Bei gewissen Waren werden Einfuhrkontingente bestimmt. Leider kommen diese in die Hände gewissenloser Schieber, die das erworbene Recht bei guten Preisen weiter abgeben und so den Inlandskonsum mit unglaublich hohen Preisen der eingeführten Waren belasten. Ein Beispiel dafür sind unsere Preise der Südfrüchte, z. B. Orangen, die durchaus nicht als Luxuswaren anzusprechen sind und die durch diese Kontingentwirtschaft auf die dreifache Höhe des berechtigten Wertes kommen. Dagegen muß entschieden Einspruch erhoben und das Ministerium ersucht werden, darüber zu wachen, daß die Preiskalkulation in den gerechtfertigten Grenzen gehalten wird. Das ist im Interesse der Volkswirtschaft und Volksgesundheit nötig.

Klagen des Deutschtums.

Rede des Abg. Tatulinski vom Deutschen Parlamentarischen Klub zum Innenministerium.

Hohes Haus! Das uns vorgelegte Budget ist außerordentlich hoch. Die Ausführung und Aufbringung solcher Summen muß unsere an sich schon daniederliegenden wirtschaftlichen Kreise dem Ruin entgegenführen. Eine weitere Kritik erübrigt sich, weil die heutige Regierung für die gemachten Fehler und die traurige wirtschaftliche Lage nicht in vollem Umfange verantwortlich ist. Sicher ist jedoch, daß beim Innenministerium noch mehr gespart werden könnte. So werden Hunderte noch im blühenden Mannesalter stehende Polizeibeamte pensioniert und durch neue Kräfte ersetzt. Und gerade die Ersetzung der älteren erfahrenen Polizeibeamten durch junge unerfahrene Kräfte halte ich im Interesse des Staates, insbesondere aber auch im Interesse der nicht polnisch sprechenden Bevölkerung für durchaus unklug, weil auch die Administrationsbehörden schließlich zu der Erkenntnis kommen müssen, daß man auch der deutschen Bevölkerung mehr Verständnis entgegenbringen muß. Was nützen alle interparlamentarischen Kongresse der Friedensfreunde, der Parlamentarier, die in überschwenglichen Worten die Bedingungen zu schaffen suchen, unter welchen die einzelnen Nationalitäten in Frieden und Eintracht, ohne Haß und Furcht leben könnten.

Ich gebe dem bekannten früheren Minister Thugutt völlig recht, wenn er sagt, daß es gelingen müsse, der ganzen Welt die Ueberzeugung beizubringen, daß die neuzeitlichen Völker lediglich Mitglieder eines großen Verbandes der gegenseitigen Hilfe sein müßten, denn andernfalls ginge unsere Kultur zugrunde. Alles jedenfalls beachtenswerte Worte, die ein jeder rechtdenkende Mensch unterschreiben muß. Uebersieht man aber die heutige politische Lage, insbesondere die der deutschen Bevölkerung, schaut man zurück und sucht nach Erfolgen, so kommt man zu der unumstößlichen Ueberzeugung, daß man in unersättlichem Egoismus und aufgeblähten nationalistischen Chauvinismus von einem Fortschritt im Punkte einer gerechten Behandlung der deutschen Bevölkerung noch sehr weit entfernt ist und daß immer noch „Macht vor Recht“ gilt.

Und wie kann es auch anders sein! Solange die regierenden Kreise und die breite Masse die Idee der Toleranz nicht durchdringt, diese immer wieder durch bewußt entstellte Bilder zum Haß gegeneinander aufgepeitscht werden, ist ein Sichverstehen, eine friedliche Zusammenarbeit aller Nationalitäten unmöglich.

Aus diesem Verständigungswillen heraus wende ich mich nun an den Herrn Innenminister, den ich heute für diese Behandlung der deutschen Bevölkerung nicht verantwortlich zu machen beabsichtige, vielmehr das Konto seines Vorgängers damit belaste. Hier einige Beispiele:

Bekanntlich verlangte im vorigen Jahre der Sejm von der Regierung die Bereitstellung von 100 Millionen Zloty zu Wohnungsbauten, um durch Gewährung von Baubeihilfen der Wohnungsnot zu steuern. In Wejherowo erwarben der Maurer Leo Kaß, der Tischler Bendix und der ehemalige Fabrikbesitzer Schramm in dieser Stadt je eine Bauparzelle von etwa 600 Quadratmetern, um sich ein Wohnhaus zu bauen, und zwar ohne jegliche Beihilfe seitens des Staates. Da diese Herren alteingesessene Stadtbürger sind, erhielten sie vom Magistrat die notwendige Bauerlaubnis. In der Annahme, daß man ihnen auch die beantragte Auflassungsgenehmigung ohne weiteres gewähren würde, wurde mit dem Bau begonnen. Doch unvermutet versagte der Starost von Wejherowo die Auflassungsgenehmigung. Eine Beschwerde an den Herrn Wojewoden von Pomorze wurde auch abschlägig beschieden, so daß der Bau unterbleiben und die Baumaterialien seit einem Jahre unbenutzt liegen müssen. Die Beteiligten versuchen nunmehr ihr Recht beim Obersten Verwaltungsgericht zu erlangen und können bis zur Entscheidung völlig ruiniert werden. Ich bemerke ausdrücklich, daß die genannten Familien polnische Staatsbürger und völlig unbescholten sind. Aber sie sind Deutsche.

Ein anderer deutscher Landwirt im Kreise Kościerzyna kauft zur Abrundung seines Grundstücks eine Landparzelle, erhält jedoch nicht die Auflassungsgenehmigung. Wiederum ein anderer kauft ein Stadtgrundstück in Tczew und erhält keine Auflassung. Sogar die Anlegung eines Radioapparates wurde einem deutschen Pfarrer, der bereits gegen 40 Jahren in einem kaschubischen Dorfe wohnt, nicht gestattet. Verwandte polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität, die in Deutschland wohnen und hier ihre Angehörigen besuchen wollen, erhalten keine Einreiseerlaubnis oder aber erst nach vielen Mühseligkeiten.

Die allgemein bekannten Paßschwierigkeiten dürften nun durch die in Aussicht stehende Paßverordnung des Finanzministeriums wenn auch nicht ganz beseitigt, so doch wesentlich gemildert werden.

Jetzt möchte ich noch einige besonders krasse Fälle der Intoleranz erwähnen, allerdings betrifft die Angelegenheit mehr das Finanzministerium, es ist jedoch allgemein bekannt, daß in Sachen der Konsensentziehung die Administrationsbehörden in erster Linie ein gewichtiges Wort mitzureden haben, und daß durch Verordnung des Finanzministers vom 13. Dezember 1925 bei Prolongation der Konsense dem Wojewoden das Recht des Einspruchs zugebilligt worden ist.

In Bromberg verkaufte seit vielen Jahren in einem Straßenkiosk der völlig erblindete Bernhard Runowicz Tabakwaren. Im vorigen Jahre entzog ihm die Behörde ohne Angabe von Gründen das Verkaufspatent und setzte somit den blinden Mann, der außerdem noch seine mittellosen Eltern ernähren mußte, auf die Straße. Warum tat man dieses? Nun, weil er als langjähriges Mitglied eines deutschen Gesangvereins am Deutschen Sängerfest in Wien teilgenommen hatte. Alle Berufungen und Intervention beim Ministerium brachten noch nicht den gewünschten Erfolg.

Geradezu katastrophal wirken sich die massenhaften Entziehungen der Schankkonsense aus, die wiederum vorwiegend die deutschen Gastwirte in Posen und Pommerellen treffen. Schankwirten mit mehr als hundertjährigen Konzessionen, die sogar noch von polnischen Königen erteilt worden sind, entzieht man die Patente, oder auch Institutionen, wie dem deutschen Gemeindehaus in Grudziądz, und vergibt diese an Inhaber, die in den primitivsten Hütten wohnen. Dadurch verliert der Staat Tausende seiner besten Steuerzahler.

Es ist selbstverständlich, daß als Amtssprache die polnische Sprache zu gelten hat und daß man diese auch von der Jugend verlangen kann. Verlangen darf man sie jedoch nicht von den älteren Leuten, die die Sprache nicht mehr erlernen können. Von ihnen darf man auch nicht verlangen, daß sie stets einen Dolmetscher bei sich führen, falls sie auf einem Amt etwas zu erledigen haben. Daher verlange ich vom Herrn Minister, daß er Beamte anstellt, die der deutschen Sprache mächtig sind und diese im Verkehr mit dem Publikum auch gebrauchen dürfen. Dadurch wird der Verkehr erleichtert, und zahlreiche Mißhelligkeiten werden vermieden werden.

Aus diesen Beispielen, die ich noch zahlreich vermehren könnte, geht deutlich hervor, daß wir noch sehr weit entfernt sind von der uns durch die Konstitution garantierten Gleichberechtigung aller Bürger im Staate ohne Unterschied der Nationalität und Konfession. Der Herr Minister wolle das seinige beitragen, um unsere in der Konstitution verankerten Rechte zu verwirklichen.

Der Gast aus Estland.

Ein Zwischenfall. — Ehrendoktor der Warschauer Universität. Wieder abgereist. — Sehnsucht nach dem Meere und nach Kolonien. — Warschauer Meldungen.

(Telegr. unseres Warschauer Berichterstatters.)

Warschau, 11. Februar.

Als gestern der Staatspräsident Mościcki mit seinem Gaste, dem estnischen Staatspräsidenten Strandmann im Auto zur Universität fuhr, ereignete sich ein aufregender Zwischenfall. Plötzlich sprang ein Mann aus dem Publikum auf das Trittbrett des Autos, wurde aber von dem Autoflügel erfaßt, und die kräftigen Hände von Polizisten griffen zu, um ihn mitzuführen. Es handelt sich um den 42jährigen Techniker Siecinski. Der Mann ist offenbar ein wenig geistesgestört. Er wollte, wie er sagte, dem Staatspräsidenten einige wichtige Mitteilungen machen, die ihm im Traume eingekommen wären. Schon am Morgen hatte er versucht, in das Palais des Kardinals Kakowski zu gelangen, um mit dem Kardinal zu sprechen, was ihm selbstverständlich mißlang. Dann hatte er lange in der Kathedrale gebetet, und schließlich war er auf das Auto gehuppt. Die entsetzten Polizisten glaubten zunächst, daß er ein Attentat ausführen wollte, aber so böswillig war der religiöse Herr Siecinski nicht. Der Vorfall wickelte sich so kurz ab, daß das Auto sofort nach der Universität weiterfahren konnte, wo mit großer Feierlichkeit Dr. Strandmann zum Ehrendoktor der Warschauer Universität gemacht wurde. Am Abend ist dann der estnische Staatspräsident, ohne daß weitere Zwischenfälle eingetreten wären, nach seiner Heimat abgereist.

Für eine polnische Flotte.

Warschau, 11. Februar.

Im ganzen Lande werden gegenwärtig Feste begangen, um die 10. Wiederkehr des Tages zu feiern, an welchem Polen den Zugang zum Meere gewann. Bei dieser Gelegenheit tritt der Flottenverein wieder in die Erscheinung, indem er einen Aufruf veröffentlicht, worin gesagt wird, daß Polen mindestens 300 Handelsschiffe haben müsse. Damit könne es jährlich 400 Millionen ersparen, die es für Transporte fremden Schiffsgesellschaften zu geben habe. Bei der augenblicklichen deprimierten Wirtschaftslage ist natürlich nicht daran zu denken, irgend welche bedeutendere Summen für Schiffsbauten in das Budget einzustellen. Das weiß der Flottenverein, und deshalb veranstaltet er Sammlungen, deren Erfolg, so wie man ihn sich wünscht, ziemlich zweifelhaft erscheint. Uebrigens ist ein Beschluß vorgelegt worden, beim Völkerbund für eine neue Verteilung der Mandate über die deutschen Kolonien einzutreten, und zwar auf die Weise, daß auch Polen einige Kolonien erhält. Dieser rosige Zukunftstraum hat noch weniger Realität, und selbst wenn er sich erfüllen sollte, müßte Polen auf fremden Schiffen in seine eigenen Kolonien fahren. Gestern hat nun die akademische Feier der Schiffahrtsliga stattgefunden, deren Präsident der Präsident der Landeswirtschaftsbank, General Górecki, ist. Bei dieser Gelegenheit hielt Handelsminister Kwiatkowski eine Rede, in der er auseinandersetzte, daß der maritime Drang, einerlei welcher Parteirichtung, gemeinsam sei. Der Feier wohnten der Staatspräsident sowie die Regierungsmitglieder und eine ganze Reihe hervorragender Personen bei.

Eine Verfügung des Ministerpräsidenten.

Warschau, 11. Februar.

Ministerpräsident Bartel hat gestern eine Verfügung erlassen, die dem Ueberhandnehmen der Interventionen der Abgeordneten eine Grenze setzen soll. In Zukunft werden Interventionen nur dann berücksichtigt, wenn sie in der gesetzmäßigen Form einer Interpellation vorliegen oder wenn es sich um Aangelegenheiten handelt, bei denen ein öffentliches Interesse in Frage kommt und die in den Wahlbezirken der Abgeordneten selbst vorliegen. Alle anderen Interventionen aber sollen, vor allem wenn es sich um ein persönliches Interesse der Abgeordneten oder ihrer Schützlinge handelt, unberücksichtigt bleiben.

Das Budget in zweiter Lesung angenommen.

Warschau, 11. Februar.

Gestern ist das Budget in zweiter Lesung angenommen worden. Die endgültigen Zahlen lauten folgendermaßen: Ordentl. Ausgaben 2 757 494 000 Zloty, außerordentliche Ausgaben 171 688 000 Zloty, Gesamtausgaben 2 929 000 000 Zloty. Ordentliche Ausgaben der Unternehmen 1 841 000 000 Zloty, außerordentliche Ausgaben der Unternehmen 271 000 000 Zloty; ordentliche Ausgaben der Monopole 722 Millionen, außerordentliche Ausgaben 17 Millionen; Zuschüsse zu den Unternehmen 18 916 000, Gesamtausgaben 2 948 000 000. Die Verwaltungseinnahmen betragen 1 901 418 000 Zloty, Zufluß aus den Unternehmen 197 Millionen, aus den Monopolen 964 801 000, Gesamteinnahmen 3 063 000 000 Zloty. Der Budgetüberschuß beläuft sich demnach auf etwa 115 Millionen. Das wichtigste Ereignis war, daß die Streichungen nach wie vor aufrechterhalten worden sind.

Der Außenminister konnte trotz seiner Bitte die Streichung von Dispositionsgeldern nicht verhindern. Auch wurde nach wie vor, obwohl der Minister dies zu verhindern suchte, der Propagandafonds der Kontrolle des Sejms unterworfen. Auch der Innenminister mußte sich eine Streichung gefallen lassen, und der Dispositionsfonds des Kriegsministers wurde trotz aller Einschüchterungsversuche um 2 Millionen gekürzt. Für die Wiederherstellung des Dis-

Aus Stadt und Land.

Posen, den 11. Februar.

Du bist nur der Herr und Eigentümer heutigen Tages. Stolz.

Von Polen nach Afrika.

Der leichte und fröhliche Unterricht nach der neuen Religionsfibel „Fröhlich im Herrn", die die religiöse Unterweisung mühelos vorbereiten will, hat dem Büchlein schon viele Kinder- und Mütterherzen gewonnen. Aber nicht nur in Polen, sondern weit über seine Grenzen hinaus will die kleine Fibel den Religionsunterricht in der Muttersprache erleichtern. So sind zum Beispiel für die deutschen Flüchtlingskinder aus Rußland im Lager Hammerstein mehrere hundert Stück bestellt worden. Sogar in Südafrika will man sie haben, um mit Hilfe dieser Fibel in die deutsche Sprache einzuführen.

Die Fibel ist für Kinder des zweiten und dritten Schuljahres bestimmt, die zwar lateinische Buchstaben schon schreiben und lesen können, denen aber die deutschen Buchstaben des Gesangbuches, der Bibel und anderer religiöser Schriften fremde Ungeheuer sind. An Hand von leichtverständlichen Bildern vermittelt sie die ersten religiösen Begriffe, so daß das Kind bald zum Verständnis der biblischen Geschichten im eigentlichen Religionsbuch kommt. Diese Fibel ist also kein Spielzeug oder Bilderbuch, sondern in ihrer Einfachheit und Schlichtheit für den Aufbau des Religionsunterrichtes und damit auch des kirchlichen Lebens von höchster Wichtigkeit. Die ordentliche Landessynode der unierten evangelischen Kirche hat dies auch voll anerkannt und das Buch zu regem Gebrauch allen Kindern und Eltern empfohlen. pz.

Behördliche Anmeldepflicht der Ausverkäufer.

Auf Grund einer ministeriellen Verordnung über die im Handelsumsatz veranstalteten Ausverkäufe ist folgendes verordnet worden:

Ausverkäufe, die im Rahmen des gewöhnlichen Warenumsatzes veranstaltet und dem Publikum zur Kenntnis gegeben werden, bedürfen mit Ausnahme von Saison- und Inventur-Ausverkäufen einer besonderen Erlaubnis der Gewerbebehörde.

Der Veranstalter eines derartigen Ausverkaufes muß sich an die örtliche Gewerbebehörde 1. Instanz zur Erteilung einer entsprechenden Erlaubnis mit einem Antrage wenden, in dem folgende Angaben anzuführen sind: 1. Menge und Warengattung, die zum Ausverkauf gelangen soll, 2. genaue Bezeichnung des Lokals, in dem der Ausverkauf stattfinden soll, 3. Zeitdauer des Ausverkaufs, 4. Ursache des Ausverkaufs (Tod des Unternehmers, Auflösung des Unternehmens, Uebergabe des Unternehmens in andere Hände, Uebersiedlung des Unternehmers, elementare Vorfälle usw.).

Die Gewerbebehörde nimmt innerhalb dreißig Tagen nach Einholung von Informationen der Handels- und Gewerbekammer bzw. der Handwerkskammer oder anderer Korporationen und Innungen, zu denen der Antragsteller gehört, Stellung zu seinem Antrage.

Die Gewerbebehörde 1. Instanz erteilt die Erlaubnis nur für die Dauer von drei Monaten. Aus wichtigen Gründen kann die Gewerbebehörde 2. Instanz die Dauer des Ausverkaufs verlängern, jedoch nicht mehr als um drei Monate. Der Ausverkauf darf nur die anfänglich angemeldeten Waren umfassen. Zur Untersuchung über die Innehaltung dieser Vorschrift steht der Gewerbebehörde das Recht zu, entsprechende Revisionen vorzunehmen.

Es ist nicht gestattet, einen Ausverkauf anzukünden oder zu beginnen, bevor die behördliche Erlaubnis vorliegt, ebenso eigenmächtig eine Verlängerung über den erlaubten Zeitraum hinaus vorzunehmen. Die Veranstaltung von Saison- und Inventurausverkäufen, die in dem gewöhnlichen Warenumsatz einbegriffen sind, müssen vor Beginn eines dieser Ausverkäufe die Gewerbebehörde 1. Instanz davon in Kenntnis setzen. In dieser Benachrichtigung ist die Menge und Warengattung, die dem Ausverkauf unterliegen soll, anzuführen, sowie die Zeitdauer des gegenwärtigen und das Datum des vorangegangenen Ausverkaufes.

Auch in diesem Falle steht der Gewerbebehörde die Revision über die Innehaltung dieser Vorschrift zu. Die obigen Vorschriften gelten nicht für Ausverkäufe, die auf Grund einer gerichtlichen Verfügung, auf Veranlassung des Verwalters bei Konkursverfahren oder auch bei anderen gesetzlichen Verfügungen vorgenommen werden.

Zuwiderhandlungen gegen die obigen Vorschriften ziehen die gesetzlich vorgesehenen Strafen nach sich.

Die Gewerbebehörde 1. Instanz ist verpflichtet, einen Ausverkauf sofort zu schließen, falls anfänglich nicht angemeldete Waren zum Verkauf gelangen.

Die Verfügung tritt einen Monat nach Veröffentlichung in Kraft.

Die Beisetzung des verstorbenen Direktors Dr. Pernaczyński, des Präsidenten der Posener Handelskammer, findet heute nachmittag statt. Unter Anteilnahme aller Kreise der Stadt und darüber hinaus wird heute ein Mann zur ewigen Ruhe getragen, der in allen Kreisen sich der größten Hochschätzung und Verehrung erfreute. Auch die Deutschen der Stadt Posen stehen trauernd an diesem Grabe, und sie wünschen nur, daß in den Tagen des Ernstes immer so lautere und charakterfeste Männer auf den Posten stehen sollen, wie es der Verstorbene war. Sein Werk, das zum Wohle des Staates und aller seiner Bürger weit über die Grenzen Polens hinaus wirkt, wird unvergessen bleiben. Auch die deutsche Bevölkerung Posens schließt den Verewigten heute in ihr Gebet.

X **Vom Urlaub zurückgekehrt** ist der Stadtpräsident Ratajski; er hat seine Amtsgeschäfte wieder übernommen.

X **Eine Mühlen-Revision** findet auf Anordnung des Innenministers in ganz Polen statt.

X **Bahnfahrtermäßigung für Reserveoffiziere.** Im Einverständnis mit dem Eisenbahnministerium hat das Kriegsministerium eine Verordnung erlassen, laut der denjenigen Reserveoffizieren, die während der Militärübungen Urlaub erhalten, eine Bescheinigung erteilt werden darf, wofür sie eine Ermäßigung der Bahnfahrt um 50 Prozent erhalten.

X **Die Bank Polski kauft keine 100-Dollar-Scheine mehr.** In Anbetracht dessen, daß in letzter Zeit eine große Anzahl von sehr gelungen gefälschten 100-Dollar-Banknoten mit dem Bildnis von Franklin aus der Serie 1914 mit Angabe der Emission: Federal Reserve Bank, Philadelphia (3 C), Fed. Res. Bank, Neuyork (2 B), F. R. B., Cleveland (4 D), und F. R. B., San Francisco (12 L) im Umlauf bemerkt wurden, hat die Bank Polski den Ankauf von 100-Dollar-Banknoten von unbekannten Kunden eingestellt. Von der Bank bekannten und verantwortlichen Kunden werden diese Banknoten weiterhin angenommen, doch nur unter Beifügung einer Niederschrift mit Angabe der Serie und Nummer der gelieferten Scheine.

X **Die Eröffnung der Straßenbahn ohne Schienen** auf der Linie Schrodka—Główno erfolgt Morgen, Mittwoch, vormittags 11 Uhr.

X **Klavierabend.** Zygmunt Lisicki, der einheimische ausgezeichnete Klaviervirtuose, gibt sein eigenes Konzert am Freitag, 14 Februar, abends 8 Uhr im Saale des Evangelischen Vereinshauses. Im Programm Werke von Händel, Bach, Beethoven, Rachmaninow, Debussy u. a. Kartenverkauf bei Szrejbrowski, ul. Gwarna Nr. 20 (fr. Viktoriastr.), zu 2 bis 6 Zloty.

X **Das V. Sinfoniekonzert der Filharmonja Poznańska** findet am Sonntag, 16. d. Mts., mittags 12 Uhr in der Universitätsaula statt. Als Solisten treten auf Frl. Wanda Piasecka, die das G-dur-Konzert für Klavier von Beethoven spielen wird, und Frau Zofja Fedyczkowska singt die Solopartien im Psalm 47 von Florent Schmitt. Außerdem kommt zur Aufführung Berlioz' „Faustverdammung". Kartenverkauf im Zigarrengeschäft Szrejbrowski, ul. Gwarna 20 (fr. Viktoriastr.), Fernsprecher 56—38.

X **Der Verein Deutscher Sänger** veranstaltet am Sonnabend, dem 15. Februar, sein diesjähriges Wintervergnügen in der Grabenloge in Form eines „Bunten Abends". Eintrittskarten zum Preise von 2 Zloty ausschließlich Steuer sind im Vorverkauf bei der Firma Peschke, St. Martinstr. 21, zu haben. Wegen des beschränkten Raumes können Gäste nur durch Mitglieder oder durch den Vorstand eingeführt werden.

X **Der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein und die Polytechnische Gesellschaft** halten ihre Jahreshauptversammlung am Donnerstag, 13 Februar, abends 8 Uhr im Physikzimmer des Below-Knotheschen Lyzeums, Waly Jana III (fr. Oberwall), ab. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles spricht Herr Handelschemiker Hammer über die „Anwendung der Quarzlampe in der chemischen Praxis" mit Demonstrationen. Gäste zum Vortrag willkommen.

X **Unfälle.** Von einem Motorrad angefahren und verletzt wurde gestern nachmittag am Plac Wolności (fr. Wilhelmsplatz) die 20jährige Bronisława Niejach, Schützenstr. 28; sie wurde in das Stadtkrankenhaus gebracht. — Vor dem Restaurant „Continental" stieß ein Straßenbahnwagen mit dem Schulautobus der Firma „Warsaw" zusammen, letzterer wurde erheblich beschädigt.

X **Einen Selbstmordversuch** verübte in der Nacht zum Sonnabend der 23jährige Aleksander Kwiatkowski aus Warschau. In einer Autodroschke schoß er sich eine Kugel in die Herzgegend und wurde sofort operiert. Sein Barbestand betrug 1,50 Zloty.

X **Festgenommen** wurde ein Mann, der seinen Namen nicht nennen will. Es ist festgestellt worden, daß sein Vorname Roman ist und daß sein Nachname mit G. anfängt. Beschreibung: 1,64 Meter hoch, hager, blond, blaue Augen, Narbe am Kinn, Alter etwa 27 Jahre. Aus einem Brief, der bei ihm gefunden wurde, geht hervor, daß seine Frau Zofja und sein vierjähriger Junge Aleksander heißt.

X **Diebstähle.** Gestohlen wurden: einem Walenty Czyżewski, ul. Piotra Wawrzyniaka 12 (fr. Kaiser Friedrichstraße), aus dem Stall in Zawade ein Paar Arbeitsgeschirre und 6 Decken im Werte von 500 Zloty; aus dem Geschäft von Guzik, Halbdorfstraße 15, ein Herrenpelz; einem Witold Smyczyński, wohnhaft im Hotel „Polonja", im Handwerkerhaus während eines Vergnügens ein Mantel im Werte von 250 Zloty; einem Wincenty Olszewski, ul. Wyspiańskiego Nr. 1 (fr. Hardenbergstraße), aus dem Hoffmannschen Lokal auf dem Sapiehaplatz ein silbernes Etui im Werte von 150 Zloty.

X **Vom Wetter.** Heut, Dienstag, früh waren bei bewölktem Himmel zwei Grad Kälte.

X **Sonnenaufgang und Sonnenuntergang** am Mittwoch, 12. 2., 7,25 Uhr und 17,04 Uhr.

X **Der Wasserstand der Warthe in Posen** betrug heut, Dienstag, früh + 0,68 Meter, wie gestern früh.

X **Nachtdienst der Aerzte.** In dringenden Fällen wird ärztliche Hilfe in der Nacht von der „Bereitschaft der Aerzte". ul. Pocztowa 30 (fr. Friedrichstraße). Telephon 5555. erteilt.

X **Nachtdienst der Apotheken** vom 8.—15. Februar. Altstadt: Apteka Czerwona, Stary Rynek 37; Apteka Zielona, ul. Wrocławska 31; Apteka 27 Grudnia, ul. 27 Grudnia 18. — Lazarus: Apteka Łazarska, ul. Maleckiego 26. — Jersitz: Apteka Mickiewicza, ul. Mickiewicza 22. — Wilda: Apteka pod Koroną, Górna Wilda 61. — Ständigen Nachtdienst haben folgende Apotheken: Solatsch-Apotheke, Mazowiecka 12, die Apotheke in Luisenhain (mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen von 2 Uhr nachm. bis 9 Uhr abends), die Apotheke in Główno, die Apotheke in Gurtschin, ul. Marsz. Focha 158, die Apotheke der Eisenbahnkrankenkasse, ul. Pocztowa 25.

X **Rundfunkprogramm für Mittwoch, 12. Februar:** 13 bis 13.05: Zeitzeichen, Fanfarenblasen vom Rathausturm. 13.05 bis 14: Schallplattenkonzert. 14 bis 14.15: Notierungen der Effekten- und der Getreidebörse. 14.15 bis 14.30: Landwirtschaftliche Mitteilungen der Pat., Bericht über den Schiffsverkehr usw. 16.55 bis 17.15: Französische Plauderei. 17.15 bis 17.45: Kinderstunde. 17.45 bis 18.45: Allerlei. 18.45—19.05: Beiprogramm. 19.05 bis 19.25: Vortrag. 19.45 bis 20.05: Chronik der Radiowoche. 20.05—20.30: Vortrag. 20.30 bis 22: Konzert. In den Pausen Programme der Posener Theater und Kinos. 22 bis 22.15: Zeitzeichen, Mitteilungen der Pat., Sport. 22.15 bis 24: Tanzmusik aus der Polonia.

X **Programm des Deutschlandsenders für Mittwoch, 12. Februar, Königswusterhausen:** 9: Lehrgang für praktische Landwirte. 9.30: Vortrag „Meister Adebar und der Frosch in der Kehle". 10: Vortrag „Schwäbisches Volkstum". 10.35: Mitteilungen des Reichsstädtebundes. 12: Schallplattenkonzert. 14,45: Jugendbühne. 15.45: Frauenstunde. 16: Vortrag „Der jugendliche Mensch im Spiegel seines Ich". 16.30: Nachmittagskonzert von Hamburg. 17.30: A cappella-Suite. 17.55: Vortrag „Reichsbahn und Reichsbank als Reparationsinstrumente nach dem Young-Plan". 18.20: Prof. Dr. Kurt Krause: Blumen im Schnee. 18.40: Spanisch für Anfänger. 19.05: Vortrag „Die Aussichten der akademischen Berufe". 19.30: Vortrag „Die soziale Herkunft der Beamten". 20: Gedanken zur Zeit. 20.45: Von München: Heiterer Abend; nach den Abendmeldungen bis 0.30: Tanzmusik.

Aus der Wojewodschaft Posen.

* **Birnbaum,** 10. Februar. Am Mittwoch wurde ein alter Birnbaumer Bürger zu Grabe getragen: Geheimer Sanitätsrat Dr. Graetz. 54 Jahre hindurch war der Verstorbene hier ansässig; nach Beendigung seiner Studien kam er in den 70er Jahren hierher, hier begann seine Praxis, und hier fand sie auch ihren Abschluß. Kurze Zeit nachdem er sich hier niedergelassen, heiratete er seine ihm nur kurz im Tode vorausgegangene Gattin. Ein Leben reich an Mühe und Arbeit hat der Verblichene hinter sich. Als eine besondere Ehrung wurde ihm zu seinem 50jährigen Doktorjubiläum der Titel Geheimer Sanitätsrat verliehen. Wie vielen Familien war er in den langen Jahren ein gewissenhafter Arzt und gern gesehener Berater! Besonders als Kinderarzt war er bekannt. Seine Beliebtheit kam so recht zum Ausdruck, als man ihn zur letzten Ruhe bettete. Patienten, Kollegen, Freunde und Bekannte ohne Unterschied der Nationalität und Religion gaben ihm das Geleit.

* **Crone,** 10. Februar. Selbstmord beging der 24jährige Besitzersohn Barowski im Gasthause zu Jasiniec im Kreise Schwetz. Da er von seinen Eltern kein Geld zu einem Vergnügen erhalten hatte, verkaufte er sein Fahrrad für sechzig Zloty, das aber einen Wert von 200 Zloty besaß. Seine Eltern machten ihm deswegen Vorwürfe, worauf sich B. in einem Zimmer des Gasthauses erschossen hat. — Am 8. d. Mts. abends überfuhr das Personenauto des Herrn Pujanek von hier den Besitzer August Saganowski aus Buschkowo. S. trug bedenkliche Verletzungen davon.

* **Jarotschin,** 9. Februar. Das Gut und das Dorf Witaszyce ist von der Zuckerfabrik aus vollständig elektrifiziert. 75 Prozent der Bevölkerung benutzen bereits die Erleichterung.

* **Mogilno,** 10. Februar. Die 22jährige Anna Stessa wollte Selbstmord mit einer Flinte begehen, verwundete sich aber nur schwer. Liebesenttäuschung ist der Grund der Tat.

* **Ostrowo,** 10. Februar. In der Nacht zum 6. d. Mts. beging Oberleutnant Roman Kasiński vom 60. Infanterie-Regt. Selbstmord durch Erschießen. Er hinterläßt eine Witwe und drei unversorgte Kinder. Welche Gründe den Lebensmüden zu der unglückseligen Tat veranlaßt haben, sind nicht bekannt.

S. **Rogasen,** 7. Februar. Am Dienstag fand bei E. Tonn eine sehr stark besuchte Versammlung des Bauernvereins statt, in der Diplomlandwirt Bußmann-Klecko einen Vortrag über: „Ausblick auf die Frühjahrsbestellung" hielt, der großes Interesse hervorrief, wie sich aus der anschließenden sehr angeregten Aussprache ergab. Nachdem der Geschäftsführer eine Reihe geschäftlicher Mitteilungen gemacht hatte, wurde beschlossen, am 18. d. Mts. um 7 Uhr im Zentralhotel eine Kinovorführung mit anschließendem Tanz zu veranstalten und nur unter der Beteiligung der Mitglieder. Die vom Verein angeschaffte Baumspritze soll jetzt in Betrieb genommen werden. Reflektanten können sich in der Geschäftsstelle melden.

* **Sadke, Kreis Wirsitz,** 10. Februar. Gestohlen wurde in Hermannsdorf bei dem Besitzer E. Köpp des Nachts aus dem Keller das Fleisch eines geschlachteten Schweines und eines geschlachteten Schafes. Von den Dieben fehlt jede Spur.

* **Samter,** 10. Februar. In Lizbona bei Pęckowo ist unter dem Rindvieh der Blasenbrand ausgebrochen. In das Beobachtungsgebiet sind die Ortschaften: Obrowo, Gaj Mały, Karolin, Pęckowo, Ordzin, Koźmin und Dobrogostowo einbezogen worden. Die Ausfuhr von Vieh, Schweinen, Schafen und Hühnern ist verboten; ebenso die Ausfuhr zum Markt in Scharfenort.

Aus der Wojewodschaft Pommerellen.

* **Dirschau,** 5. Februar. Sonntag vormittag ereignete sich auf der Station Kluczyki bei Thorn ein tragischer Unglücksfall. Der Hilfsschaffner Gabrich aus Dirschau wurde dort, als er sich aus dem Bremsturm herauslehnte, von einem vorbeifahrenden D-Zug mitgerissen, wobei der Unglückliche schwere Verletzungen am Kopfe davontrug. Von dem Personal eines Personenzuges wurde G. aufgefunden und ins Thorner Krankenhaus geschafft, wo er jedoch infolge der erlittenen Verletzungen starb. Der Verstorbene zählte 29 Jahre und hinterläßt eine Frau mit drei kleinen Kindern.

pz. **Graban,** 9. Februar. Das Ehepaar Neumann feierte am letzten Sonntag im Anschluß an den Gottesdienst in feierlicher kirchlicher Einsegnung die Goldene Hochzeit. Die Gemeinde blieb nach dem Gottesdienst vollzählig in der Kirche und erhob sich von den Plätzen, als das Jubelpaar unter Glockengeläut in das Gotteshaus einzog. Die Feier, die von Pfarrer Paarmann gehalten wurde, wurde gesanglich durch den Kirchenchor aus Grabau verschönt.

* **Graudenz,** 9. Februar. Ein tragikomischer Vorfall ereignete sich auf dem Fischmarkt. Dort hatte ein Landmann seine Artikel, Suppenhühner und Eier, zum Markt gebracht. Da wollte es das Pech, daß eine an seinem Stand vorübergehende Käuferin auf dem infolge Schneefalles glitschigen Boden ausglitt und auf den bäuerlichen Korb mit den schönen Eiern fiel. Die Folgen waren fatal. In ein gelblich-klebriges Gemenge verwandelten sich im Nu die Hühnererzeugnisse. Das erregte begreiflicherweise bei dem Bauersmann Aerger, und er verlangte von der Urheberin des Malheurs Ersatz in Geld, wozu sich aber die Dame, die ihrerseits der Bodenglätte die Schuld gab, nicht verstehen wollte. Dem erzürnten Landmann glätteten sich aber schließlich die Erregungsfalten auf der Stirn, als er plötzlich bemerkte, daß auch aus dem Korb der schuldigen „unschuldigen Frau" eine schleimige, in Farbe und Struktur schwer zu bestimmende Masse herausfloß. Auch von der Dame gekaufte Eier waren bei dem Fall in Trümmer gegangen. Also, so dachte unserer biederer Ackerer, hat ja auch die Person seines anfänglichen Zornes infolge ihres doch von „höherer Gewalt" herbeigeführten Fehltritts gerade schon genug Verdruß und Schaden — und damit war der für manche schadenfrohe ein Gaudium bildende Zwischenfall beendet.

Briefkasten der Schriftleitung.

Sprechstunden in Briefkastenangelegenheiten nur werktäglich von 12 bis 13½ Uhr.

O. G. in Schw. Der Tag der Eröffnung dieser Ausstellung steht noch nicht fest. Ob zum Besuch der Ausstellung Pässe zu ermäßigtem Preise ausgegeben werden, wissen wir nicht; es ist aber sehr wahrscheinlich.

M. W. Wreschen. Ihre Frage ist uns unverständlich. Selbstverständlich kann eine Hypothek zurückgezahlt sein, ohne daß ihre Löschung im Grundbuch erfolgt ist. Oder meinen Sie, ob die Hypothek jetzt ausgezahlt werden kann? Dagegen wäre nichts einzuwenden.

E. B. in Z. Wenn Sie die Meisterprüfung nicht abgelegt bzw. bestanden haben, dürfen Sie keine Lehrlinge halten.

A. W. in J. Derartige Erbteile pflegen voll aufgewertet zu werden. Die 5000 Vorkriegsmark haben einen Wert von 6150 Zloty.



Künstliches Sonnenlicht.

W. A. Coolidge,

dem Leiter des Forschungs-Laboratoriums der amerikanischen General Electric Company ist es, wie aus Neuyork berichtet wird, gelungen, eine neue Lichtquelle von umwälzender Bedeutung zu schaffen. Das Prinzip der neuen Lichtquelle, die dem Sonnenlichte ähnlicher sein soll als alle bisher verwendeten, besteht in der Vereinigung des gewöhnlichen elektrischen Lichts mit der Quecksilberlampe. — Unser Bild zeigt Dr. Coolidge, der sich schon früher durch Erfindung der Glühkathoden-Röntgenröhre einen Namen gemacht hat.

Die oberschlesische Kohlenindustrie im Jahre 1929.

Ueberschreitung der Vorkriegsförderung um 6,71 Proz. — Steigerung des Inlandsverbrauchs bei stabilem Export.

Im Gegensatz zu der allgemeinen rückläufigen Konjunkturbewegung im Wirtschaftsleben Polens im Jahre 1929, die in einem Rückgang des Beschäftigungsgrades in einer Reihe von Industriezweigen sowie in der kritischen Gestaltung der Geld- und Kreditverhältnisse ganz besonders in Erscheinung trat, war die Lage der oberschlesischen Kohlenindustrie im abgelaufenen Wirtschaftsjahre durch eine relativ günstige Konjunktur gekennzeichnet, die in einem verhältnismässig hohen Förder- und Absatzniveau zum Ausdruck kommt. Die gute Konjunktur des oberschlesischen Kohlenbergbaues, der als der mächtigste Wirtschaftsfaktor des Landes eine weittragende allgemein-wirtschaftliche Bedeutung und einen gewichtigen Einfluss auf die Gestaltung der Handels- und Zahlungsbilanz besitzt, hat zweifellos in nicht geringem Grade dazu beigetragen, dass die Periode konjunktureller Rezessionen im Jahre 1929 erstmalig ohne grössere Erschütterungen überwunden werden konnte.

Die Kohlenförderung Polnisch-Oberschlesiens stellte sich im Jahre 1929 auf insgesamt 34 143 711 t. Im Vergleich zur Förderung des Vorjahres (30 167 240 t) bedeutet dies einen weiteren starken Produktionsaufschwung, und zwar um 3 976 471 t oder um 13,18 Prozent. Ganz besonders charakteristisch für die Entwickelung der Kohlenförderung im Jahre 1929 ist jedoch der Umstand, dass zum ersten Mal seit Beendigung des Weltkrieges bzw. seit Angliederung Polnisch-Oberschlesiens an Polen die Vorkriegsförderung nicht nur erreicht, sondern ziemlich erheblich überschritten worden ist. Im Vergleich zum Jahre 1913 mit 31 997 906 t ist die Kohlenförderung im Jahre 1929 um 6,71 Prozent gestiegen, d. h. die Förderung des Berichtsjahres macht bereits 106,71 Prozent der Förderung des letzten Vorkriegsjahres aus.

Die Ursachen dieser zum mindesten in mengenmässiger Hinsicht so günstigen Entwickelung der Kohlenindustrie Polnisch-Oberschlesiens im Jahre 1929 ist in der Besserung der Absatzkonjunkturen auf dem Kohlenmarkte, und zwar sowohl auf dem internationalen als auch auf dem Inlandsmarkte zu suchen, dessen Aufnahmefähigkeit im Jahre 1929 infolge der natürlichen Zunahme des Kohlenverbrauchs einerseits sowie infolge der Auswirkung einer Reihe von Momenten mit allerdings mehr zufälligem Charakter andererseits eine beträchtliche Steigerung erfuhr.

Der Gesamtabsatz betrug nach Abzug des Selbstverbrauchs der Gruben und der Deputate an Arbeiter und Beamte im Jahre 1929 insgesamt 30 877 192 t und war um 3 008 908 t oder um 10,80 Prozent höher als der Gesamtabsatz im Jahre 1928.

Vom Gesamtabsatz wurden 19 075 365 t oder 61,78 Prozent auf dem Inlandsmarkt abgesetzt, der Rest hingegen, d. s. 11 801 827 t oder 38,22 Prozent ist nach dem Auslande ausgeführt worden. Im Vergleich mit dem Jahre 1928 ist der Inlandsabsatz um 2 453 017 t oder um 14,76 Prozent gestiegen.

Bezüglich der Gestaltung des Kohlenabsatzes auf dem Inlandsmarkte ist festzustellen, dass der Absatz von Industriesortimenten im Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftsdepression im Lande, wie sie im Jahre 1929 ganz zweifellos geherrscht hat, sich im allgemeinen wenig günstig gestaltet hat, weshalb auch die diesbezülichen Absatzziffern grössere Abweichungen von den Absatzziffern des Vorjahres, abgesehen von der Koks-, Brikett-, Zucker-, der chemischen Industrie und einigen anderen Wirtschaftszweigen, die einen stärkeren Kohlenverbrauch an den Tag gelegt haben, nicht aufweisen. Hingegen ist der Kohlenabsatz für reine Konsumtionszwecke, hauptsächlich für den Hausbrandbedarf, sehr erheblich gestiegen und diesem Umstande ist die allgemeine Steigerung des Inlandsabsatzes hauptsächlich zuzuschreiben.

Diese Erscheinung steht vor allem mit dem vorjährigen, überaus strengen Winter im Zusammenhang, der nicht nur zur schnellen Erschöpfung der Kohlenvorräte im Inlande beigetragen hat, sondern vor allem auch den Kohlenverbrauch und damit gleichzeitig auch den Kohlenbedarf beträchtlich gehoben hat. Abgesehen von den Folgen der Winterkonjunktur ist die Steigerung des Inlandsabsatzes teilweise jedoch auch ebenfalls dem gesteigerten Brennstoffbedarf seitens der Eisenbahnen sowie verschiedener Institutionen der öffentlichen Nutzniessung, wie z. B. Strassenbahn, Elektrizitätswerke, Wasserwerke u. dergl. zu verdanken. So haben z. B. die oberschlesischen Gruben an die Eisenbahnen im Laufe des Jahres 1929 insgesamt 2 934 311 t geliefert gegenüber 2 284 557 t im Vorjahre, d. h. um 28,44 Prozent mehr. Auf die Steigerung des Inlandsabsatzes haben im Jahre 1929 ausserdem bis zu einem gewissen Grade noch Momente mit mehr zufälligem Charakter ihren Einfluss ausgeübt, wie z. B. die Ankündigung der Erhöhung der Eisenbahntarife, die mit dem 1. Oktober 1929 tatsächlich in Kraft getreten ist, ferner die im Zusammenhang mit der Lohnbewegung der Bergarbeiter gehegten Befürchtungen eines Streikausbruchs im Kohlenbergbau sowie schliesslich die Befürchtungen, dass der gegenwärtige Winter einen ebenso strengen Charakter wie im vergangenen Jahre annehmen könnte. Alle diese Momente haben in ihrer Folge eine zeitigere und ausgiebigere Eindeckung mit Kohlenvorräten seitens der Verbraucher sowohl für Hausbrand- wie für gewerbliche und Industriezwecke verursacht. Die allgemeine Steigerung des Kohlenabsatzes auf dem Inlandsmarkte kommt in kennzeichnender Weise darin zum Ausdruck, dass der Inlandskohlenverbrauch pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1929 um ca. 13 Prozent im Vergleich mit dem Vorjahre gestiegen ist. Er betrug im Jahre 1929 1033 kg gegenüber 910 kg im Jahre 1928.

Der Export oberschlesischer Kohle im Berichtsjahre betrug insgesamt 11 801 827 t, d. h. die Ausfuhr nach dem Auslande bewegte sich im allgemeinen in den Ausmassen der Ausfuhr vom Vorjahre, da sie lediglich eine Zunahme um 555 891 t oder um 4,94 Prozent aufweist. Bezüglich des Exports nach den einzelnen Ausfuhrmärkte-Gruppen sind im Jahre 1929 folgende Aenderungen festzustellen: Der Absatz nach den Konventionsmärkten (Oesterreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Danzig, Jugoslawien, Deutschland), betrug insgesamt 4 805 204 t gegenüber 4 513 507 t im Jahre 1928, d. h. er ist um 291 697 t oder um 6,46 Prozent gestiegen. Der Absatz nach den Freilandsmärkten betrug hingegen insgesamt 6 996 623 t gegenüber 6 732 429 t im Vorjahre, woraus hervorgeht, dass der Absatz nach dieser Märktegruppe um 264 194 t oder um 3,92 Prozent gestiegen ist. Der Absatz nach den Konventionsmärkten bildete 40,72 Prozent des Gesamtexports, der Absatz nach den Freilandsmärkten hingegen 59,28 Prozent des Gesamtexports. In der Gruppe der Konventionsmärkte hat sich mengenmässig in gewissem Umfange der Export nach Oesterreich, Ungarn und der Freien Stadt Danzig gesteigert, hingegen ist er nach der Tschechoslowakei und Jugoslawien zurückgegangen. In der Gruppe der Freilandsmärkte ist eine Steigerung des Exports lediglich nach Dänemark, Lettland, Frankreich, Estland, Island, Schweiz, Brasilien sowie last not least auf dem Gebiete der nach den In- und Auslandshäfen versandten Schiffskohlen eingetreten. Alle anderen Freilandsmärkte zeigen hingegen einen grösseren oder geringeren Rückgang des Exports, der ganz besonders auffallend bei Schweden, Norwegen sowie Finnland ist.

Dass die Exportexpansion im Jahre 1929 trotz im allgemeinen nicht ungünstiger Absatzmöglichkeiten auf dem Weltmarkte keine breiteren Ausmasse angenommen und z. B. mit der Steigerung des Inlandsverbrauchs nicht Schritt gehalten hat, ist in einer ganzen Reihe von Ursachen begründet, wie z. B. in dem Mangel von Kohlenwaggons für Exportzwecke, in der Unzulänglichkeit unseres Verkehrsnetzes, insbesondere der ungenügenden Durchlassfähigkeit der nach den Seehäfen führenden Eisenbahnlinien, in der Vereisung der Umschlagshäfen im ersten Quartal des Berichtsjahres, in der Notwendigkeit zunächst die Bedürfnisse des Inlandsmarktes zu befriedigen u, dergl. Diese einem gesteigerten Export im Wege stehenden Hindernisse gaben sich um so empfindlicher zu spüren, wenn man in Erwägung zieht, dass sowohl infolge der natürlichen Steigerung des Kohlenverbrauchs vom Jahre 1928 bis zum Jahre 1929, wie auch infolge des ausnehmend strengen Winters im vergangenen Jahre eine gewisse Entspannung der Krise auf dem Weltkohlenmarkte festzustellen gewesen ist, die darin in Erscheinung trat, dass trotz des gesteigerten Absatzes die Kohlenpreise im Jahre 1929 keine sinkende Tendenz mehr wie in den Vorjahren aufgewiesen haben, sondern sogar eine leichte Aufwärtsbewegung eingetreten ist. Wenn dies auch von keiner grundsätzlichen Besserung der Situation auf dem Weltmarkte zeugt, so kann man in diesem Umstande doch das Anzeichen einer gewissen Stabilisierung auf dem Weltkohlenmarkte erblicken, die sich ohne Rücksicht auf die Tatsache bemerkbar gemacht hat, dass die Faktoren des technischen Fortschritts wie die Konkurrenz anderer Energiequellen und die wirtschaftlichere Gestaltung des Kohlenverbrauchs weiterhin einen verstärkten Druck auf den Kohlenkonsum auf dem Weltmarkte ausgeübt haben. Do.

⊙ **Rückgang der Eisenhüttenproduktion im Jahre 1929.** Das Jahresergebnis der Eisenhüttenproduktion beleuchtet treffend die katastrophale Lage der gesamten polnischen Eisenindustrie. Sowohl die Förderung von Eisenerzen wie auch die Einfuhr und Ausfuhr von Erzen und eisenhaltigen Materialien sind im Vergleich zu 1928 zum Teil erheblich zurückgegangen, nachdem die vorangegangenen Jahre fortlaufend Erhöhungen gebracht hatten. 1929 wurden 658 620 to (gegen 698 635 to im Jahre 1928) rohe Erzmasse gefördert und 479 360 to (536 987 to) eingeführt. Zur Ausfuhr gelangten nur noch 100 000 to (gegen 116 350 to im Vorjahre). Die Gusstahlerzeugung sank im Vergleich zu 1928 um rund 62 000 to (4,3 Prozent) auf 1 370 000 to. Die Herstellung von Walzerzeugnissen blieb sogar um 88 000 to (8,5 Prozent) gegen 1928 zurück. Die Zunahme der Roheisengewinnung um 22 000 to auf 705 000 to und die der Röhrenproduktion um 13 000 to auf 125 000 to muss, wenn man die stark ansteigende Entwicklung der vorhergehenden Jahre in Betracht zieht, als gering erscheinen.

⊙ **Wohnungsbaupläne der Regierung.** Im Arbeitsministerium haben die Verhandlungen über die geplante grosse Bauaktion begonnen, die im Laufe der nächsten 5 Jahre zur Herstellung von billigen Arbeiterwohnungen durchgeführt werden soll. Die erforderlichen Mittel im Gesamtbetrage von 125 Mill. Zł. sollen von den Versicherungsanstalten bereitgestellt werden. Davon sollen im laufenden Jahre 37 Mill. Zł. verwendet werden.

Märkte.

Getreide. Warschau, 10. Februar. Transaktionen an der Getreide- und Warenbörse für 100 kg franco Station Warschau. Marktpreise: Roggen 20.25—20.75, Weizen 36—37, Einheitshafer 19—19.50, Grützgerste 20—21, Braugerste 24.50—26.25, Speisebohnen 35—38, Weizenluxusmehl 64—70, 4/0 58—60, Roggenmehl nach Vorschrift 37—37.50, Weizenkleie mittel 15—15.50, Roggenkleie 10.50—10.75, Leinkuchen 36—37, Rapskuchen 28—29. Mittlere Umsätze bei ruhiger Tendenz.

Lemberg, 10. Februar. In der Berichtszeit sind Hafer, Wicke, Klee, Kleie und Mehl billiger geworden, während Buchweizengrütze und Buchweizen im Preise anzogen. Die Stagnation im Umsatz dauert an, und es besteht im Augenblick keine Aussicht auf eine baldige Besserung. Ständig fallende Tendenz bei sehr schwacher Marktstimmung. Börsenumsätze minimal. Börsenpreis loco Podwołoczyska: Rotklee 105—115. Marktpreise loco Podwołoczyska: Buchweizen 23 bis 24, Lupinen 23—24.

Danzig, 10. Februar. In Danziger Gulden für 100 kg: Weizen 21.25—21.40, Inlandsroggen 12.75 bis 13, Transitroggen 11.50, Inlandsgerste 14—14.50, Transitgerste 11.50—13, inl. Futtergerste 12.50—12.75, Transitgerste 11—11.50, inl. Hafer 11.50, Transithafer 10—10.50, Roggenkleie 9.50, Weizenkleie dick 11.50 bis 11.75. Zufuhren in Tonnen: Weizen 15, Roggen 540, Gerste 870, Hafer 148, Hülsenfrüchte 190, Sämereien 140.

Lublin, 10. Februar. Roggen 17.50—18, Weizen 33.50—35, Braugerste 21, Grützgerste 17—18, Hafer 15—16. Für 100 kg loco Verladestation bei ruhiger Tendenz.

Luck, 10. Februar. Roggen 16.50—17.50, Weizen 28—30, Gerste 15—16, Hafer 14—15. Für 100 kg loco Verladestation. Tendenz nicht einheitlich.

Produktenbericht. Berlin, 11. Februar. Die Produktenbörse bot heute ein festeres Bild, obwohl die Umsatztätigkeit kein grösseres Ausmass erreichte. Auf Grund der festeren Meldungen von den nordamerikanischen Terminmärkten war das Inlandsangebot von Brotgetreide kleiner als in den letzten Tagen, und da die Mühlen angesichts einer leichten Belebung am Mehlmarkte für Weizen bessere Nachfrage bekundeten, waren für prompte Ware etwa 2 Mark höhere Preise als gestern durchzuholen. Für Roggen erwartet man weitere Stützungskäufe auf gestrigem Preisniveau. Am Lieferungsmarkt setzte Weizen 1½ Mark, Roggen bis 1 Mark höher ein. Das Mehlgeschäft gestaltete sich etwas freundlicher, ohne dass bisher höhere Forderungen durchzuholen waren. In Hafer hat sich das Angebot ebenso wie in Brotgetreide verringert, und bei besserer Konsumnachfrage waren leichte Preiserhöhungen zu verzeichnen. Gerste liegt ruhig.

Berlin, 10. Februar. Getreide- und Oelsaaten für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark: Weizen 239—240, März 248¾—251, Mai 261—262½, Juli 272 u. G., Roggen 157—163, März 172½—174½, Mai 181¾ bis 183, Juli 183¼—183½ G., Braugerste 160—170, Futter- und Industriegerste 138—147, Hafer 123—133, März 136½—137½ G., Mai 143—144½, Weizenmehl 28.25—35, Roggenmehl 21—24.75, Weizenkleie 7.75 bis 8.50, Roggenkleie 7.75—8.25, Viktoriaerbsen 23—31, kleine Speiseerbsen 20—23, Futtererbsen 17—18, Peluschken 17—19, Ackerbohnen 17—19, Wicken 19 bis 24, blaue Lupinen 13.50—15, gelbe Lupinen 17—18, Seradella, neu 24—29, Rapskuchen 16—16.40, Leinkuchen 19.80—20, Trockenschnitzel 6.60—6.80, Soya-Extraktions-Schrot 1380—14.40, Kartoffelflocken 13 bis 13.50.

Vieh und Fleisch. Posen, 11. Februar. Offizieller Marktbericht der Preisnotierungskommission.

Es wurden aufgetrieben: 1093 Rinder, 1960 Schweine, 630 Kälber und 580 Schafe, zusammen 4263 Tiere.

Man zahlte für 100 kg Lebendgewicht loco Schlachthof Poznań einschliesslich Handelskosten:

Rinder: Ochsen: vollfleischige, ausgemästete, nicht angespannt 134—140, jüngere Mastochsen bis zu 3 Jahren 122—128, ältere 110—118. — Bullen: vollfleischige, ausgemästete 132—140, Mastbullen 120—126, gut genährte ältere 108—114, mässig genährte 100 bis 104. — Kühe: vollfleischige, ausgemästete 124—130, Mastkühe 112—118, gut genährte 96—104, mässig genährte 76—80. — Färsen: vollfleischige, ausgemästete 130—136, Mastfärsen 116—124, gut genährte 100—106, mässig genährte 98. — Jungvieh: gut genährtes 100—104, mässig genährtes 96—100.

Kälber: beste ausgemästete Kälber 160—172, Mastkälber 150—158, gut genährte 136—142, mässig genährte 120—130.

Schafe: vollfleischige, ausgemästete Lämmer und jüngere 140—144, gemästete, ältere Hammel und Mutterschafe 130—138, gut genährte 120—124, mässig genährte 100.

Mastschweine: vollfleischige, 120—150 kg Lebendgewicht 224—228, vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht 216—220, vollfleischige von 80—100 kg Lebendgewicht 208—214, fleischige Schweine von mehr als 80 kg 200—204, Sauen und späte Kastrate 180—190, Bacon-Schweine 200—204.

Marktverlauf: ruhig.

Vieh und Fleisch. Warschau, 10. Februar. Die Schweinenotierungen betrugen heute pro kg Lebendgewicht 2.30—2.60. Aufgetrieben wurden 990 Stück. Markt belebt bei fester Tendenz.

Lemberg, 10. Februar. Preise pro kg Lebendgewicht nach den Notierungen des Zentralviehhofs. Ochsen: 1. Sorte 1.50; Bullen: 2. Sorte 1.20—1.30; Kühe; 1. Sorte 1.25—1.35, 2. Sorte 0.90—1; Färsen: 1. Sorte 1.50, 2. Sorte 1.30—1.40; Kälber 1.10—1.30. Grosshandelspreise für Fleisch: Mastrinder 2.25 bis 2.40, 1. Sorte 1.80—2, 2. Sorte 1.65, Kalbfleisch 2.10 bis 2.45; Fleisch aus der Provinz: Rindfleisch 1.80 bis 2.25, Kalbfleisch 1.80—2.20, Schweinefleisch im ganzen 2.45—2.70, koschernes 2.20—2.65, frisches Speisefett 1.40, für Gewerbezwecke 0.60—1.

Myslowitz, 10. Februar. In der Woche vom 2. bis 7. wurden aufgetrieben: 98 Bullen, 55 Ochsen, 1002 Kühe, 200 Färsen, 113 Kälber und 1608 Schweine; insgesamt 3076 Stück. Gezahlt wurden pro kg Lebendgewicht: Bullen: 1.15—1.63; Ochsen: —; Kühe: 1.20—1.60; Färsen: 1.20—1.60; Schweine: a) 2.43 bis 2.60, b) 2.32—2.43, c) 2.20—2.31, d) 2—2.19. Markt belebt bei festerer Tendenz.

Eier- und Molkereierzeugnisse. Graudenz, 10. Februar. Kleinverkaufspreise loco Graudenz pro kg in Złoty: Tafelbutter 6, Kochbutter 5.40, Litauer Käse 4.80; im Grosshandel: Tafelbutter 5.60, Edamer Käse 5, Litauer 3.80, Eier im Kleinverkauf 20 Groschen das Stück, im Grosshandel 11 zł das Schock. Tendenz für Butter und Eier schwach, für Käse ruhig.

London, 10. Februar. Auf dem Buttermarkt polnische Butter 140—144, dänische 176—178, sibirische 150. Die Zufuhr nach London betrug in der vergangenen Woche 36 194, wovon aus Polen 1262, aus Russland 1911. Eiernotierungen für 120 Stück in sh: englische Standardeier 21.9—22, dänische 17½/18 lb 18 bis 18.6, 15½/16 lb 15, holländische braune 15.6 bis 17, gemischte 14—14.6, polnische blaue 9—10, rote 7 bis 7.3. Die Zufuhren betrugen in der vergangenen Woche 181 987, wovon 14 316 auf Dänemark und 10 350 auf Polen entfallen.

Fische. Danzig, 10. Februar. Auf dem Fischmarkt wurden im Kleinverkauf pro Pfund in Gulden gezahlt: Aal 3.50, Bleie 2.30, Karpfen 2—2.50, Zander 1.60—1.80, Lachs 3—3.50, frische Heringe 1, ausl. für 3 Pfund, Dorsch 0.50—0.80, Flundern 0.40—0.70, Sprotten 0.40—0.50, Bücklinge 0.60—0.80.

Leder und Häute. Lemberg, 10. Februar. Preise für Rohhäute pro kg in Złoty: leichte und schwere Rindshäute 1.85, Kalbshäute im Schlachthof 4.50, in der Provinz 3.50, grosse Rosshäute 23 das Stück, kleine 11.50.

Metalle. Warschau, 10. Februar. Das Handelshaus A. Gepner, Grzybowska 27, notiert folgende Preise pro kg: Bankazinn in Blocks 10, Hüttenblei 1.25, Zink 1.30, Antimon 2.05, Hüttenaluminium 4, Kupferblech 4.80—5.20, Messingblech 4—4.80.

Die Notierungen der Posener Effektenbörse lagen bei Redaktionsschluss nicht vor.

Danziger Börse.

Danzig, 10. Februar. Warschau 57.60—57.74, Złoty 57.63—57.77, New York 5.1280—5.1310, London 25.01—25.01½, Berlin 122.716—123.024.

Im Privathandel werden gezahlt für 100 Gulden 173.40, New York 5.144, Złoty gegen Dollar 8.875.

Warschauer Börse.

Börsenstimmungsbild. Warschau, 10. Februar. Am Aktienmarkt herrschte eine lange nicht festgestellte Nachfrage. Es lebte das früher ständige Interesse für Metallpapiere wieder auf und auch andere populäre Aktien wurden gern gekauft, trotz erheblich höherer Forderungen der Abgeber. In der Bankgruppe ging Bank Polski um 25 gr zurück, während sich der Kurs der Bank Przemysłowy in Lemberg verbesserte. Von Zuckeraktien gewann W. T. F. Cukru 2 zł. W. T. K. Węgla erzielten einen Gewinn von 75 gr. Am Markt der Metallpapiere wurden Modrzejów, Ostrowieckie und Starachowice höher gezahlt. Lilpop lag behauptet. Von Lebensmittelaktien wurde Haberbusch zu bisherigem Kurse gehandelt. Auf den übrigen Gebieten kam es wegen Materialmangels zu keinen grösseren Geschäften.

Unter den Staatspapieren gewannen die 4prozentige Investierungsanleihe, Dolarówka, die 5prozentige Konvertierungsanleihe und die lange nicht notierte 6prozentige Dollaranleihe. Unverändert lag die wenig bewegliche 10prozentige Eisenbahnanleihe.

Der Bedarf an Devisen überschritt nicht das durchschnittliche Niveau. Die Gesamttendenz gestaltete sich uneinheitlich mit einer ausdrücklichen Haussenuance. Zu festeren Kursen wurden Devise Belgien, New York, Prag und Talinn gehandelt. Kleine Verluste hatten Holland, London und Schweiz. Behauptet lagen Paris und Italien, für die übrigen kein Interesse.

Im Privathandel wird notiert: Dollar 8.86¾, Goldrubel 4.66½, Czerwoniec 1.75 Dollar.

Amtlich nicht notierte Devisen: Belgrad 15.72, Budapest 155.88, Bukarest 5.30, Oslo 238.22, Helsingfors 22.42, Spanien 116.45, Kopenhagen 238.65, Riga 171.67, Stockholm 239.20, Wien 125.55, Berlin 212.98, Montreal 8.83½, Sofia 6.45½.

Fest verzinsliche Werte.

	10.2	8.2
5% Dollarprämien-Anleihe II. Serie (5 Doll.)	80 00	78.00
5% Staatl. Konvert.-Anleihe (100 zł.)	52 00	51.00
6% Dollar-Anleihe 1919-20 (100 Doll.)	79.50	
10% Eisenbahn-Anleihe (100 G. Fr.)	102 50	102.50
5% Eisenb.-Konvert.-Anleihe (100 zł.)	—	—
4% Prämien-Investierungs-Anleihe (100G.-zl)	125 00	123.75
7% Stabilisierungsanleihe	—	—

Industrieaktien.

	10. 2.	8. 2.		10.2	8 2
Bank Polski	183.50	184.00	Węgiel	54.00	53.50
Bank Dyskont.	—	—	Nafta	—	—
Bk. Handl. i. W.	—	—	Polska Nafta	—	—
Bk. Zachodni	—	78 25	Nobel-Stand.	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	—	78 50	Cegielski	—	—
Grodzisk	—	—	Lilpop	25.50	25 50
Puls	—	—	Modrzejów	13.75	13.25
Spies	—	—	Norblin	—	—
Strem	—	—	Orthwein	—	—
Elektr. Dąbr.	—	—	Ostrowieckie	63.00	—
Elektryczność	—	—	Parowozy	—	—
P. Tow. Elekt.	—	—	Pocisk	—	—
Starachowice	22.25	21.75	Rohn	—	—
Brown Boveri	—	—	Rudzki	—	—
Kabel	—	—	Stąporków	—	—
Siła i Światło	—	—	Ursus	—	—
Chodorów	—	—	Zieleniewski	—	—
Czersk	—	—	Zawiercie	—	—
Częstocice	—	—	Borkowski	—	7 00
Gosławice	—	—	Br. Jabłkow	—	—
Michałów	—	—	Syndykat	—	—
Ostrowite	—	—	Haberbusch	106 00	106,00
W. T. F. Cukru	31.00	—	Herbata	—	—
Firley	—	38 00	Spirytus	—	—
Łazy	—	—	Żegluga	—	—
Wysoka	—	—	Majewski	—	—
Drzewo	—	—	Mirków	—	—

Tendenz: fest.

Sämtliche Börsen- und Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

Amtliche Devisenkurse.

	10.2 Geld	10. 2 Brief	8 2 Geld	8. 2 Brief
Amsterdam	357.00	358.80	357.05	358.85
Berlin*)	—	—	—	—
Brüssel	123 99	124 61	—	—
Helsingfors	—	—	—	—
London	43.27	43.485	43.275	43.49
New York	8 882	8,922	8 881	8.921
Paris	34.87	35.05	34.87	35.05
Prag	26 32	26.45	26 32	26 44
Rom	46.58	46.82	46.58	46 82
Kopenhagen	—	—	—	—
Stockholm	—	—	—	—
Wien	—	—	125.22	125.84
Zürich	171 72	172.58	171.74	172 60

*) Ueber London errechnet.

Tendenz nicht einheitlich.

Berliner Börse.

Börsenstimmungsbild. Berlin, 11. Februar. Die seit einiger Zeit an der Börse herrschende Geschäftsstille und die dadurch ausgelöste Lustlosigkeit, ist dem Aussenstehenden nur schwer deutlich zu machen. Hatte man heute vormittag auf Sonderbewegungen gehofft und geglaubt, die Spekulation werde aus innerpolitischen Besorgnissen gestern vorgegebene Ware heute decken, so wurden diese Erwartungen zu Beginn des offiziellen Verkehrs enttäuscht. Die ersten Kurse neigten bei völliger Geschäftsstagnation eher zur Schwäche. Nur ganz vereinzelt waren aber Abweichungen über 1 Prozent gegen den gestrigen Schluss festzustellen. Reichsbank und Deutsch-Atlanten verloren 2 bzw. 2¾ Prozent. In Farben (minus ¾ Prozent) kam etwas Material heraus. Auf der anderen Seite gewannen Holzmann auf die Möglichkeit einer einprozentigen Dividendenerhöhung 1½ Prozent. Dessauer Gas, bei denen man hofft, dass die Liquidationsberatungen zu einer grösseren Entschädigung führen werden, zogen 1 Prozent an, und auch Svenska gewannen 1 Mark. Im allgemeinen gestaltete sich die Kursfestsetzung recht zufällig. Auch im Verlaufe konnte sich kein Geschäft entwickeln, besonders da die Spekulation infolge der Etatsberatungen im Reichstag grösste Zurückhaltung übte. Dessauer Gas und Svenska lagen auch weiterhin etwas stärker beachtet und gewannen bis zu 1 Prozent. Demgegenüber verloren Chade, Bergmann, Siemens und Deutsche Waffen bis zu 2 Prozent. Akkumulatoren büssten im Verlaufe ca. 3 Proz. ein, bekanntlich ist bei dieser Gesellschaft mit einer Dividendenreduktion zu rechnen. Auch Adca gaben im Verlaufe auf die Meldung einer voraussichtlichen Kürzung der Dividende ca. 1 Prozent gegen gestern nach. Anleihen weiter abbröckelnd, Ausländer geschäftslos, österreich-ungarische Werte nachgebend. Pfandbriefe ruhig und schwächer. Devisen bei anziehenden Kursen gesucht, Paris und Spanien schwächer. Geldmarkt weiter sehr leicht, Tagesgeld 4—6½, Monatsgeld 7—8, Warenwechsel ca. 6 Prozent.

Terminpapiere

(Anfangskurse.)

	11. 2.	8. 2.		11. 2.	8. 2.
Dt. R.-Bahn	91.12	91.12	Goldschmidt	71.00	72.00
A.G.f.Verkehr	112.00	112.50	Hbg. Elk.-Wk.	135.75	—
Hamb. Amer.	104.62	—	Harpen. Bgw.	137.50	138.00
Hb. Südam.	170.00	—	Hoesch	—	114.00
Hansa	—	—	Holzmann	98.00	—
Nordd. Lloyd.	106.37	108.87	Ilse Bgbau.	246.50	248.00
A.Dt.Kr.Anst.	125.75	126.75	Kali. Asch.	—	215.75
Barmer Bank	130.00	130.25	Klöcknerw.	108.00	112.12
Berl.Hls.-Ges.	192.75	190.00	Köln-Neuess.	111.50	112.62
Com.u.Pr.-Bk.	161.00	160.87	Löwe, Ludw.	—	—
Darmst. Bank	239.50	239.25	Mannesmann	109.25	111.50
Deutsch.Bank	152,25	152.50	Mansf. Bergb.	111.25	111.75
Disc.-Ges.	—	152.50	Metallwaren	112.50	—
Dresdner Bk.	154.00	152.75	Nat. Auto-Fb.	—	—
Mtdtsch.K.Bk.	—	—	Oschl. Eis. Bd.	—	—
Schulth. Patz.	274.00	276.62	Oschl. Koksw	—	103.50
A. E. G.	179,50	180.37	Orenst. u. Kop.	—	—
Bergmann	207.00	208.00	Ostwerke	210.00	211.25
Berl. Msch.-F.	—	72,00	Phönix Bgbau	104.87	105.75
Buderus	76.00	—	Rh. Braunkoh.	247.50	247.75
Cop. Hisp. Am.	346.00	—	Rh. Elek.-W.	142.00	—
Charl. Wasser	107.00	108.75	Rh. Stahlwk.	118.00	118.87
Conti Caoutch.	—	—	Riebeck	—	—
Daimler-Benz	39.12	40.37	Rütgerswerke	78.00	—
Dessauer Gas	174.75	168.75	Salzdetfurth	360.50	363.00
Dt. Erdöl-Ges.	105.00	105.87	Schl. Elek.-W.	169.75	168.50
Dt. Maschinen	—	—	Schuckt. & Co.	188.25	190.25
Dynam. Nobel	—	79.00	Siem.&Halske	274.25	277.50
El. Lief.-Ges.	—	167.50	Tietz, Leonh	161.00	—
El. Licht u.Kr.	168.50	170.00	Transradio	—	—
Essen. Steink.	135.25	136,25	Ver.Glanzstoff	—	—
I. G. Farben	165.25	166.50	Ver. Stahlw.	103.75	104.62
Felten u.Guill.	127.50	129.25	Westeregeln	—	217.75
Gelsenk.Bgw	138.00	140.00	Zellst. Waldh.	—	212.00
Ges. f. el. Unt.	172.50	172.00	Otavi	59.87	60.37

	11. 2.	8. 2.
Ablös.-Schuld 1-60 000	53.00	53.20
" " 60-90 000	53.00	53.20
Ablös.-Schuld ohne Auslosungsrecht	8.40	9.10

Industrieaktien.

	11. 2.	8. 2.		11. 2.	8. 2.
Accumulator.	109.00	—	Laurahütte	—	—
Adlerwerke	—	—	Lorenz	—	—
Aschaffenbrg.	152.75	—	Motor. Deutz	71.00	71.00
Bemberg	163.50	161.00	Nordd. Wolle.	88.25	—
Berger, Tiefb.		—	Pöge, Eltr.-W.	21.00	—
Dt. Kabelwk.	61.00	—	Riedel	—	—
Dt Wolle	—	—	Sachsenwerke	—	—
Dt. Eisenhd.	71.50	71.75	Sarotti	—	—
Feldmühle	181.00	—	Schl.Bgb.u.Zk	—	—
Hohenlohe	—	—	Schl. Textil	—	—
Humboldt	—	—	Schub. & Salz.	225.00	230.00
Körting, Gebr.	—	—	Stollb. Zink.	101.00	102.00
Lahmeyer	—	—			

Tendenz geschäftslos.

Amtliche Devisenkurse.

	11. 2 Geld	11. 2. Brief	8.2. Geld	8. 2. Brief
Buenos Aires	1,603	1.607	1.584	1.588
Bukarest	—	—	2.490	2.494
Canada	—	—	4.142	4.150
Japan	—	—	2.056	2.060
Konstantinopel	—	—	1.918	1.922
London	20.351	20.391	20.341	20.381
New York	4.1850	4,1930	4.1815	4.1895
Rio de Janeiro	—	—	0.474	0.476
Uruguay	—	—	3.646	3.654
Amsterdam	167.85	168.19	167.81	168,15
Athen	—	—	5.415	5.425
Brüssel	—	—	58.265	58.381
Danzig	—	—	81.33	81.49
Helsingfors	—	—	10.512	10,532
Italien	—	—	21.885	21.925
Jugoslavien	—	—	7.370	7.384
Kopenhagen	111.99	112.21	111,90	112.12
Lissabon	—	—	18.78	18.82
Oslo	111.72	111.94	111.67	111,90
Paris	—	—	16.385	16.425
Prag	—	—	12.37	12.39
Schweiz	—	—	80.725	80,885
Sofia	—	—	3.027	3.033
Spanien	—	—	55.11	55.23
Stockholm	—	—	112,18	112.40
Tallinn	—	—	111.45	111.67
Budapest	—	—	73.10	73.24
Kairo	—	—	20.86	20.90
Wien	—	—	58,885	59.005
Reykjawik 100 Kronen	—	—	91.81	91.93
Riga	—	—	80.57	80.73

Ostdevisen. Berlin, 10. Februar. Auszahlung: Warschau 46.85—47.05, Kattowitz 46.85—47.05, Posen 46.85—47.05, Kowno 41.685—41.865; Noten: Grosse polnische Złoty 46.70—47.10, Lit 41.38—41.72.

Der Złoty am 10. Februar. Zürich 58.07½, London 43.38, New York 11.25, Prag 378.375, Mailand 214.

positionsfonds traten nur die Mitglieder der Regierung ein, aber auch der Jüdische Klub; warum letzterer, ist nicht recht ersichtlich. Am letzten Sonnabend hatte der Regierungsblock plötzlich eine geheime Sitzung abgehalten, die zu beunruhigenden Gerüchten Anlaß gab. Offenbar ist aber die Obersten-Partei nicht mächtig genug gewesen, um gefährliche Schritte zu unternehmen, die den normalen Verlauf der parlamentarischen Geschehnisse stören mußten.

Finanzminister Matuszewski hielt noch eine Rede, bevor zur Abstimmung geschritten wurde. Er setzte auseinander, daß die von der Kommission festgelegten Mehreinnahmen in keiner Weise zuträfen, und daß man nach den Ergebnissen der letzten Monate höchstens mit 30—40 Millionen rechnen könnte. Eine 5prozentige Gehaltsaufbesserung der Staatsbeamten, die allein 111 Millionen erfordert, kann also nicht durchgeführt werden. Zu erwähnen ist hier noch eine Rede des deutschen Abgeordneten Piesch, der die Steuerfrage besprach und besonders über die Behandlung deutscher Steuerzahler durch die Steuerbeamten klagte.

Recht interessant war die Debatte, die bei der Behandlung des Postministeriums geführt wurde. Dabei trat zutage, daß die Kriminalpolizei eine Ueberwachung von Gesprächen unterhält. Was die Telephonzähler betrifft, so erklärte der Minister Boerner, daß diese bereits in anderen Ländern bestehenden Zähler auch in Polen mit Recht eingeführt worden seien. Ein Ukrainer teilte mit, daß ihm Briefe nicht eingehändigt worden wären.

Die dritte Lesung des Budgets findet heute statt.

Zwischenfall in der Heereskommission.

Warschau, 11. Februar.

Gestern kam es in der Heereskommission, als das Gesetz über die Rekrutenaushebung beraten wurde, zu einem Zwischenfall. Die Nationalpartei brachte bei dieser Gelegenheit ihren Antrag auf Einberufung einer Untersuchungskommission wieder vor, die prüfen soll, ob die zahlreichen Offiziersentlassung aus dem Heere, deren Pensionen die Staatskassen so schwer belasten, zu recht erfolgt seien oder nicht. Der Abg. Kościałkowski vom Regierungsblock ist Vorsitzender der Kommission. Er hat aber die Untersuchungskommission bisher nicht einberufen. Er habe noch zwei Tage Zeit, und bei einer so wichtigen Angelegenheit müsse die Entscheidung des Kriegsministers gehört werden; diese Entscheidung sei noch nicht getroffen. Der Antrag der Nationaldemokraten, der von Trąmpczyński gestellt worden ist, wurde aber von sämtlichen Parteien aufrechterhalten und die Sitzung auf den 14. festgesetzt. Als Vertreter des Ministeriums nahm Oberst Petrażycki an den Beratungen teil. Dieser verließ zum Protest gegen den Beschluß der Heereskommission demonstrativ den Saal.




Wechsel im höchsten Richteramt der Vereinigten Staaten.
Der frühere Präsident der Vereiniaten Staaten, W. H. Taft (links), der seit einer Reihe von Jahren an der Spitze des Obersten Bundesgerichts in Washington stand, ist mit Rücksicht auf sein hohes Alter von seinem Amt zurückgetreten. An seiner Stelle wurde der frühere amerikanische Staatssekretär Ch. E. Hughes (rechts) zum Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes ernannt.

Aus der Republik Polen.

Handelsvertrag in 2 Wochen?

Wie aus Warschau gemeldet wird, ist der Gesandte Rauscher gestern nach längerer Abwesenheit aus Berlin zurückgekehrt, um nach mehrtägigem Aufenthalt in Warschau wieder nach Berlin zu reisen. Der Gesandte führt gegenwärtig Besprechungen über den Handelsvertrag. In zuständigen Kreisen verlautet, daß die Unterzeichnung des Vertrages im Laufe von ein bis zwei Wochen erfolgen werde. Man spricht ferner davon, daß nach der Unterzeichnung die Erhebung der deutschen Gesandtschaft in den Rang einer Botschaft erfolgen soll.

Der Brief des Marschalls Piłsudski.

Warschau, 8. Februar.

Aus dem Inhalt des Briefes an den Vorsitzenden der Kommission zur Prüfung der Vorgänge am 31. Oktober, den Fürsten Czetwertyński, wird noch einiges bekannt. So beklagt sich Marschall Piłsudski darüber, daß der Brief, den Czetwertyński an ihn gesandt habe, zu spät in seine Hand gekommen sei, und zwar aus Anlaß der „unklugen Adresse" an den Herrn Kriegsminister. Nun sollte es doch aber nicht nur auf der polnischen Post, sondern auch im Kriegsministerium hinlänglich bekannt sein, daß der Name des Kriegsministers „Marschall Piłsudski" lautet. Es ist einigermaßen unverständlich, weshalb die Adresse unklug sein soll und ungenügend, um mit ihrer Hilfe den Marschall ausfindig zu machen. In dem Briefe Piłsudskis wird weiter gesagt, daß Piłsudski bereits die Akten an den Ministerpräsidenten Bartel weiter geleitet habe, soweit sie nicht Ehrensachen der Offiziere betreffen. Dieser Teil der Akten habe selbstverständlich im Kriegsministerium zu verbleiben. Czetwertyński hat sich an den Ministerpräsidenten Bartel gewandt und um Uebersendung der eingehaltenen Akten gebeten.

Die Liquidationsbilanz.

Posen, 11. Februar. Herr Kazimierz Kierski hielt gestern abend im Vortragssaale der Universitätsbibliothek den angekündigten Vortrag über die „Bilanz der deutschen Liquidation in Polen". Zu seinen bekannten publizistischen Auslassen hat er eigentlich wenig Neues hinzugefügt. Er sprach von der fiktiven Uebereignung von Besitztiteln an dritte Personen, von der armseligen Führung der Liquidationsaktion usw. Aber auch er mußte in seinem tiefsten Innern zugeben, daß **die Liquidation sich mit dem Eigentumsrecht nicht vereinbaren ließ; sie entsprang eben der „Wiedergutmachung". Auf Grund des Liquidationsvertrages habe Polen auf die Liquidation von 119 435 Hektar Land und auf die Liquidation der deutschen Großindustrie in Oberschlesien verzichtet.**

Es seien „nur" 91 größere Güter, 3750 Ansiedlungen und etwa 2000 städtische Grundstücke und Handelsunternehmen liquidiert worden. Es geht nichts über die Proportion!

Also zugegeben 5841 gegen vier! Das nennt man „Wiedergutmachung"!

Bestrafter Verteidiger.

Vor der IV. Strafkammer des Geschworenengerichts Posen sollte gestern eine Verhandlung gegen den Jan Dąbrowski, der des Mordversuchs angeklagt war, stattfinden, zu welcher auch sein Verteidiger Dr. Nowosielski Vorladung erhalten hatte. Obwohl der Angeklagte bereits sechs Monate in Untersuchungshaft sitzt, erschien der Verteidiger gestern nicht zur Verhandlung. Der Staatsanwalt beantragte deshalb die Vertagung des Prozesses und die Auferlegung der Kosten, die durch diese Vertagung entstehen, auf Dr. Nowosielski.

Zwei Opernfreunde.

b. Posen, 11. Februar.

Daß es auch in der Verbrecherwelt verschiedene Arten von „Liebhabern" gibt, hat ein Fall bewiesen, der gestern vor der hiesigen Strafkammer zur Verhandlung gelangte. Die beiden Freunde Karol G. und Józef J. waren sich darüber einig geworden, dem bekannten Bariton und Regisseur der Posener Oper, Herrn Urbanowicz, einen Besuch abzustatten. Aber der Wohnungsinhaber sollte nichts davon merken. Man suchte sich deshalb zu diesem Besuch einen Tag aus, an dem man genau wußte — oder vielmehr wissen wollte —, daß Herr Urbanowicz nicht anwesend sein würde. Man hatte alles schön ausgerechnet, aber man verrechnete sich doch.

Es war am zweiten Weihnachtsfeiertag, als Herr Urbanowicz zeitiger als sonst seiner Wohnung zustrebte. Ihm war nicht ganz wohl, und deshalb wollte er der Ruhe pflegen. Wie überrascht war er aber, als er seine Wohnung von innen verschlossen vorfand, als er versuchte, mit seinem Schlüssel zu öffnen. Er rief Hilfe herbei, und es gelang, die Herren Einbrecher dingfest zu machen. Die gestrige Gerichtsverhandlung brachte nun die Angelegenheit vor die Oeffentlichkeit, und da die beiden Freunde bereits mehrfach mit dem Zuchthaus und auch mit den Gefängnissen Bekanntschaft gemacht hatten, wurden sie: G. zu einem Jahre Zuchthaus, sein Kollege J. zu einem halben Jahre verurteilt. Vorderhand sind sie also versorgt, da sie angaben, aus Not gehandelt zu haben.

Der Bischof von Ermland †.

Königsberg, 10. Februar. Am Sonntag abend gegen 9 Uhr ist der in ganz Ostpreußen bekannte und beliebte Bischof des Ermlandes, Dr. Bludau, auf dem Heimwege von einer Vereinssitzung plötzlich vom Tode überrascht worden. Er starb in den Armen des Domkapitulars Dr. Sander, der ihm noch die letzte Oelung spenden konnte. Das ganze Ermland trauert um den Tod seines höchsten katholischen Geistlichen. Das Domkapitel in Frauenburg wählte den bisherigen Generalvikar Dr. Spannenkrebs zum Kapitularvikar, der bekanntlich den Bischof vertritt.

Bischof Dr. Bludau wurde am 6. März 1862 in Guttstadt (Ostpreußen) geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums in Elbing widmete er sich dem theologischen Studium in Braunsberg und Münster. In Münster, wo er sich den Doktorgrad erwarb, war er von 1891 bis 1895 zunächst als außerordentlicher Professor tätig; im Jahre 1897 wurde er ordentlicher Professor. 1909 erhielt er die Berufung zum Bischof von Ermland mit dem Sitz in Frauenburg. Er hat sich in kirchlichen Kreisen einen Namen als Verfasser theologischer Werke erworben.

Pacelli tritt die Nachfolge Gasparris an.

Mailand, 10. Februar.

Kardinal Pacelli hat heute vormittag sein Amt als Staatssekretär angetreten. Um 9 Uhr wurde er in Sonderaudienz vom Papst empfangen und begab sich danach in den ersten Stock des Vatikans, um die Amtsräume des bisherigen Staatssekretärs zu übernehmen. Hier hatte er eine freundschaftliche Unterredung mit Kardinal Gasparri, der darauf im Auto den Vatikan verließ.

Bald danach, um ½11 Uhr, empfing Pacelli den Besuch des Kardinal-Dekans Vanutelli, der ihm Glückwünsche und die des Kardinalkollegiums überbrachte. Auch andere Würdenträger des Vatikans machten dem neuen Staatssekretär ihre Aufwartung.

Attentat auf Zaunius?

Ein Schuß auf das Haus des litauischen Außenministers.

Memel, 10. Februar. (W. T. B.) **Nach einer Meldung des Memeler „Dampfboot" wurde heute früh auf das Haus des litauischen Außenministers Dr. Zaunius ein Schuß abgegeben, der eine Fensterscheibe in der Wohnung des im gleichen Hause wohnenden litauischen Opernsängers Petraukas durchschlug und in der gegenüberliegenden Wand stecken blieb. Die Polizei hat eine strenge Untersuchung eingeleitet.**

Die Princip-Feiern.

Nachdem erst kürzlich eine englische Zeitung festgestellt hatte, daß die Enthüllung eines Gedenksteins zu Ehren des Serajewo-Mörders Princip — der Feier wohnten bekanntlich auch offizielle Vertreter Serbiens bei — einen Schlag in das Gesicht der ganzen Menschheit darstelle, kommt jetzt aus Teplitz die Meldung, daß in der Festungsstadt Theresienstadt die Hauptstraße von jetzt an „Princip-Allee" heißt. Die Umbenennung sei auf Veranlassung der tschechischen Regierung erfolgt, und zwar als Zeichen der Dankbarkeit, die das tschechische Volk dem „Märtyrer" Princip als Urheber der Befreiung vom österreichischen Joch schuldig sei. Es verrät gewiß eine erhebliche Brutalität, wenn zwei Regierungen im „mitteleuropäischen Raum" — so heißt wohl das neueste Schlagwort — ganz öffentlich den Urheber der Opfer ungezählter Millionen in dieser Weise feiern. Immerhin wird hier die wahre Einstellung gewisser serbischer und tschechischer Kreise ausgedrückt. Und jede politische Offenheit ist zu begrüßen, insbesondere wenn sie das so verschleierte Gebiet der Kriegsursache betrifft. Jede Principfeier zeugt für die Unschuld der Mittelmächte am Kriegsausbruch, da sie diejenigen enthüllt, die ein Interesse am Kriege hatten. Nach dem alten Rechtsgrundsatz „cui bono" haben sich die beiden Regierungen selbst das Urteil gesprochen.

Neue Verschwörung in Afghanistan

Aktion zur Absetzung Nadir Khans.

Allahabad, 10. Februar.

In Afghanistan wurde eine neue Verschwörung gegen den jetzigen König Nadir Khan aufgedeckt, die von dem Halbbruder des früheren Königs Amanullah und dem früheren afghanischen Handelsagenten Hakim Khan in Peschawar angezettelt worden war. Mit Hilfe der Schinwari wollten die Verschwörer eine Aktion zur Absetzung Nadir Khans einleiten. Es gelang, die Verschwörer in dem Augenblick festzunehmen, als sie über die Grenze zu entfliehen suchten.

Eine Friedensausstellung.

Haag, 8. Februar. (R.) Eine internationale Friedensausstellung und Völkerbundsausstellung wurde gestern im Haag anläßlich des zehnjährigen Bestehens des Völkerbundes sowie der niederländischen Vereinigung für Völkerbund und Frieden eröffnet. Der Eröffnung wohnten unter anderem Mitglieder des holländischen Kabinetts, die Vertreter der ausländischen Staaten im Haag, Vertreter des Völkerbundes und die ausländischen Pressevertreter bei. Die Ausstellung zeigt die Arbeit des Völkerbundes für den Frieden sowie die internationale Zusammenarbeit der Menschheit auf allen Gebieten. Auf der Ausstellung befindet sich unter anderem auch das Original des Friedensvertrages, durch den im 16. Jahrhundert der Dreißigjährige Krieg beendet wurde.

Die letzten Telegramme.

Der russische Handel.

Moskau, 11. Februar. (R.) Das russische Handelsministerium wurde neuorganisiert. Es wurden besondere Vereinigungen für die russische Ausfuhr und die Einfuhr geschaffen, von denen in Zukunft der gesamte russische Außenhandel durchgeführt werden soll. Für die Ausfuhr wurden vierzehn Vereinigungen gegründet, für die Einfuhr nach Rußland zehn. Der gesamte russische Handel mit den Orientstaaten wird einer besonderen Vereinigung für Ein- und Ausfuhr übertragen werden.

Rykow leugnet.

Moskau, 11. Februar. (R.) Der russische Ministerpräsident Rykow äußerte sich gestern in einer Rede in Moskau über die Haltung der russischen Regierung gegenüber den Religionsgesellschaften. Die ausländische, und zwar die englische Presse, so erklärte Rykow, habe angeblich über religiöse Verfolgungen in Rußland berichtet. Die russische Gesetzgebung gewähre aber völlige Glaubensfreiheit, und irgendwelche religiöse Verfolgungen hätten in Rußland nicht stattgefunden. Obwohl in Rußland der Grundsatz der Religionslosigkeit vorherrsche, seien die Geistlichen niemals wegen Verrichtung religiöser Amtshandlungen verfolgt worden. Er schloß mit den Worten, daß alle Meldungen von Verfolgungen Geistlicher in Rußland ausschließlich zu dem Zwecke verbreitet werden, um die Feindseligkeit gegen Rußland zu verstärken.

Der sowjetrussische Konflikt mit Mexiko.

Mexiko, 11. Februar. (R.) Aus Mexiko wird zu dem Konflikt der mexikanischen Regierung mit dem russischen Gesandten in Mexiko gemeldet, daß der Gesandte nunmehr aus Mexiko abgereist sei. Der russische Gesandte ist gestern vor seiner Abreise einige Stunden lang von den mexikanischen Behörden zurückgehalten worden. Ursprünglich war gemeldet worden, daß der russische Gesandte verhaftet worden sei. Zu derselben Zeit, als der Gesandte festgehalten wurde, nahmen die mexikanischen Behörden in der russischen Gesandtschaft in Mexiko eine Haussuchung vor. Diese Maßnahmen sollen von der mexikanischen Regierung durchgeführt worden sein, weil nach ihrer Ansicht der russische Gesandte von dem Attentat gewußt hatte, das auf den mexikanischen Präsidenten verübt worden war. Einige Stunden nach der Festnahme hat der mexikanische Außenminister angeordnet, daß der Abreise des russischen Gesandten Hindernisse nicht mehr in den Weg gelegt werden sollen.

Durch einen Felssturz getötet.

Lissabon, 11. Februar. (R.) Wie von den Azoren gemeldet wird, sind auf der Insel San Miguel fünf Menschen unter den Trümmern eines sich plötzlich von einem Abhang lösenden Felsstücks begraben worden. Vier Personen wurden getötet, eine schwer verletzt.

Eine Abberufung nach Rußland.

Paris, 11. Februar. (R.) „Echo de Paris" meldet, daß der seit mehreren Jahren in Frankreich lebende frühere kaiserlich russische Marineminister Admiral Grigorewitsch von der Sowjetregierung nach Rußland zurückberufen worden sei. Falls er sich weigere, der Aufforderung Folge zu leisten, seien ihm Repressalien gegen seine noch in Rußland lebenden Familienangehörigen angedroht worden.

Zusammenstöße in Neuyork.

Neuyork, 11. Februar. (R.) In Neuyork kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen streikenden Konfektionsarbeitern und der Polizei. Als ungefähr 30 000 Streikende eine Kundgebung veranstalteten, griff ein Teil dieser Demonstranten eine Gruppe Arbeitswilliger an. Die Streikenden gingen mit Messern und Waffen auf die Arbeitswilligen los. Ein Arbeitswilliger sowie ein Kleiderfabrikant wurden dabei getötet.

Von einer Lawine überrascht.

Bulle (Kanton Freiburg), 10. Februar. (R.) Der deutsche Staatsangehörige Koch und ein 26jähriger Schweizer, beide in Lausanne wohnhaft, unternahmen zusammen eine Skitour auf den Moleson. Auf der Tour wurden sie von einer Lawine überrascht. Koch konnte sich gleich herausarbeiten und Hilfe herbeiholen. Es gelang der Hilfskolonne, auch den Schweizer zu bergen, doch blieben bei diesem alle Wiederbelebungsversuche erfolglos.

Vergehen gegen das Prohibitionsgesetz.

Neuyork, 11. Februar. (R.) In dem Hotel Manger, einem der größten Hotels von Neuyork, das in der Nähe des Broadway liegt, nahmen Prohibitionsbeamte gestern abend eine Razzia vor und verhafteten fünfzehn Hotelpagen, ein Dutzend Kellner und zwei Spirituosenhändler. Der Chef der Prohibition in Neuyork, Major Campbell, erklärte, daß er die Schließung des Hotels wegen Verletzung des Prohibitionsgesetzes beantragen werde.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jursch. Für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr. Für die Teile: Aus Stadt u. Land, Gerichtssaal u. Briefkasten: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage: „Die Zeit im Bild": Alexander Jursch. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf, Kosmos Sp. z o. o. Verlag „Posener Tageblatt" Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc. Sämtlich in Posen, Zwierzyniecka 6.

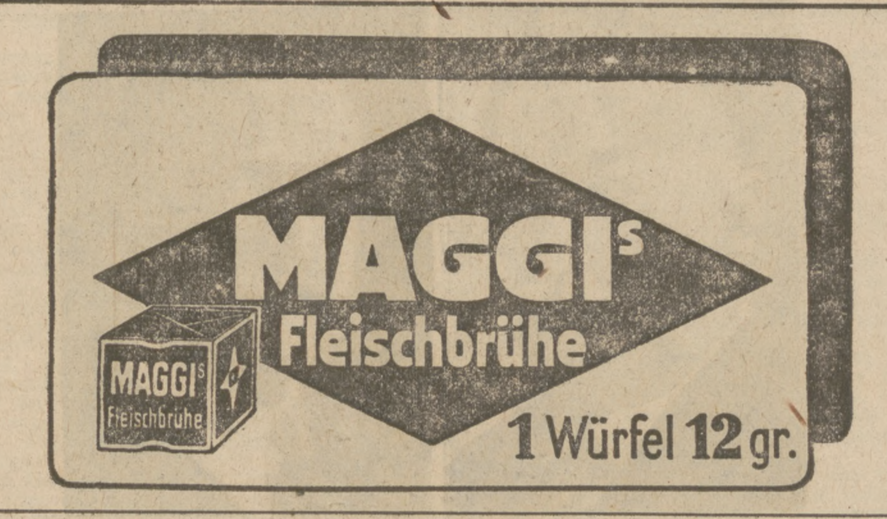
Filmschau.

= **Kino Stylowe.** Ein neuer Film der Richard Eichberg schen Regiekunst unter dem Titel „Kehre zurück; es ist alles vergeben!“ Es handelt sich um einen Film heitersten Inhalts, der so recht in die gegenwärtige Karnevalszeit paßt und Rich. Eichberg als Vertreter eines gesunden Humors in seiner Vielseitigkeit zeigt. Den Vogel schießt aber die Hauptperson des Films, Dina Gralla, ab, deren die üppigsten Blüten treibender Humor in den verschiedensten drolligsten Situationen glänzt und das Zwerchfell der Kinobesucher nicht zur Ruhe kommen läßt. Die heitersten Situationen schafft sie als Assistentin ihres Geliebten, der sich in der Rolle des Pseudodoktors Klaus versucht. Wer sich einmal köstlich amüsieren und herzlich auslachen will, der versäume den Besuch dieses Films nicht. — Das Programm bringt außerdem noch herzerquickende Naturschönheiten aus der Gegend von Cannes und ein prächtiges Tanzduett. hb.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Posen,** 10. Februar. Zu dem Bericht über die Strafsache Mandoch usw. in Nr. 31 des „Pos. Tagebl.“ schreibt uns der zu drei Monaten Haft verurteilte Natan Auerbach: Mandoch war nicht Angestellter der Lederhandlung Goderski, sondern selbständiger Schuhfabrikant, der seinen Betrieb einzustellen die Absicht hatte. Dieses gab ihm Veranlassung, Auerbach seine kleinen Ledervorräte anzubieten, die er ihm auch tatsächlich zu angemessenen Preisen abkaufte. Auerbach hatte keine Ahnung, daß das Leder gestohlen war, und hat gegen seine Verurteilung Berufung eingelegt.

* **Posen,** 10. Februar. Theodor Cholewa war beim Uhrmachermeister Rudolf Kafemann in Górna Wilda (fr. Kronprinzenstr.) eingebrochen und stahl Uhren usw. Als er im besten Zuge war, wurde er vom Geschäftsinhaber in Begleitung eines Polizisten überrascht und dingfest gemacht. Das Gericht verurteilte ihn zu 6 Monaten Gefängnis. — Am zweiten Weihnachtsfeiertage wurde beim Regisseur des Teatr Wielki, Urbanowicz, eingebrochen. Täter waren der schon vorbestrafte Karol Garstka und der Chauffeur Józef Jankowski. Das Gericht verurteilte Garstka zu 1 Jahr Zuchthaus, Jankowski zu 6 Monaten Gefängnis. — Franciszek Tabot, Urbanowo Weg 1, und Jan Blotny, Starołęka 88, rissen im September v. J. auf dem Güterbahnhof von einem Wagen die Plomben ab, um zu stehlen. Der Wagen enthielt aber nur künstlichen Dünger. Das Gericht verurteilte beide zu je 3 Monaten Gefängnis.



Sport und Spiel.

Der in Inowrocław ausgetragene Boxkampf zwischen der dortigen „Goplanja“ und der Posener „Warta“, die mit Reserven antrat, verlief 14 : 0 für die Posener.

Kanada — Deutschland 6 : 1 (2 : 1, 2 : 0, 2 : 0).

Kino-Programm.

Apollo — Wiking.
Metropolis — Spiel der Leidenschaft.
Renaissance — Die goldene Hölle.
Słońce — Der letzte Sohn.
Stylowe — Kehre zurück! Alles vergeben!
Wilsona — Die Ehe.

Wettervoraussage für Mittwoch, 12. Februar.

= **Berlin, 11. Februar.** Für das mittlere Norddeutschland: **Meist bewölkt, nachts leichter Bodenfrost. Tagestemperaturen einige Grade über Null. Westliche bis nordwestliche Winde. — Für das übrige Deutschland: Im Süden und Südwesten etwas Bewölkungszunahme und Milderung des Frostes. Sonst, abgesehen von Bodenfrösten, Temperaturen über null Grad. Besonders im Osten und Nordosten Neigung zu Niederschlägen.**

